

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 6.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint
jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch
die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark.
Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 10. Februar 1912.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf,
Kavaleriesstr. 22. Expedition u. Druck von
Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358.
Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Nach der Reichstagswahl.

Im deutschen Volke ist soeben ein Ringen beendet worden, wie es seit dem mehr als vierzigjährigen Bestehen des Deutschen Reiches noch selten beobachtet werden konnte. Am 12. Januar sind über 12 Mill. Wähler zum Wahlstisch geschritten, um ihr Votum abzugeben über die künftige Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland. Dem Wahltage ging ein mehrwöchiger Kampf voraus, in dem an gegenseitiger Zerkleinerung das Menschenmögliche geleistet wurde. Zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien spielt sich der Wahlkampf stets in großer Schärfe ab. Das ist zu verstehen. Die Sozialdemokratie erstrebt die Beseitigung der Grundlagen des gegenwärtigen Staates; sie will ein ganz neues Staats- und Gesellschaftsgebäude aufrichten. Alle übrigen Parteien dagegen wollen nur eine Umgestaltung von bestimmten Zuständen und Verhältnissen innerhalb des bestehenden Staatsgebildes herbeiführen. Nun hat sich bezeichnenderweise unter den bürgerlichen Parteien selbst der letzte Wahlkampf vielfach mit einer Erbitterung abgespielt, die größer war als die in dem Kampfe zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits in die Erscheinung getretene. Das ist für diejenigen, die die Welt nicht ausschließlich durch eine einseitige Parteibrille ansehen,

kein erhebendes Schauspiel.

Zusbesondere nicht zu einer Zeit, in welcher das deutsche Volk alle Veranlassung hätte, gegenüber seinen schier unzähligen Rivalen im Auslande auf die größtmögliche innere Geschlossenheit bedacht zu sein. Deutschland ist heute ein Land, das Rohstoffe vom Auslande (Erze, Kupfer, Baumwolle etc.) in großer Menge beziehen und ein gewaltiges Quantum Fertigfabrikate wieder an das Ausland verkaufen muß. Nur durch gesteigerte Inlandsproduktion und erhöhten Außenhandel kann Deutschland seine jährlich um 900 000 Köpfe zunehmende Bevölkerung auf heimatlichem Boden ernähren und ihr die Existenzmittel verschaffen. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung ist durch die Reg- und Strebbarkeit seiner Bevölkerung in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten in schnellerem Tempo vorwärts geschritten als die fast aller übrigen höherentwickelten Kulturstaaten. Das hatte zur Folge, daß die letzteren Staaten Deutschland bei dem Bezug seiner Rohprodukte vom Auslande und bei dem Verkauf seiner Waren an das Ausland in stets steigendem Maße Schwierigkeiten zu machen suchten. Auf diesem Hintergrund betrachtet, war die politische Spannung des letzten Sommers wegen Marokko zu erklären, die nahe daran war, sich in einem Weltkrieg auszulösen. Und auch in der Gegenwart spielen sich wieder in Persien, in den Balkanländern und im gewaltigen chinesischen Reich Vorgänge von ungeheurer weltwirtschaftlicher Tragweite ab, die für den Gang der künftigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands von der allergrößten Bedeutung sind. Und in dieser selben Situation zerfleischt sich das deutsche Volk anläßlich eines Wahlkampfes in einer Weise wie noch nie, seitdem es ein neues Deutsches Reich gibt, und schickt in das Reichsparlament 110 Sozialdemokraten, die die Reichsregierung an der Wahrnehmung der weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu behindern suchen. Gegen Weltpolitik, gegen Militarismus, gegen Marinismus war der Schlachtruf, mit dem die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zog, in demselben Moment, wo Amerika, England, Rußland und Japan, in deren Staaten die Sozialdemokratie nichts zu melden hat, sich anschickten, in dem in politischer Umgestaltung begriffenen gewaltigen Chinesenreich die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Völker für die Zukunft sicherzustellen. Das „Volk der Denker und Dichter“

aber ergötzt sich in diesem weltgeschichtlichen Augenblick an politischen Schlagworten, mit denen in Wirklichkeit nur der wahre Hintergrund des Wahlkampfes verschleiert wurde, was sich in absehbarer Zeit mit Sicherheit herausstellen wird. Die Entthüllung dieses Hintergrundes werden auch wir uns angelegen sein lassen, wenn erst der Reichstag und seine neue Zusammensetzung ihre Orientierung in der Politik gefunden haben werden.

Wie nicht anders zu erwarten, wie vielmehr mit Sicherheit vorauszusehen war, ist bei dem gegenseitigen Heruntermachen der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie

der alleinige lachende Dritte

gewesen. Sie führt die Ernte in ihre Scheune. Ganz und innerlich zufrieden ist allerdings auch die Sozialdemokratie nicht. Zufrieden ist sie ohne Zweifel mit den auf sie entfallenen 4 1/4 Millionen Stimmen; ob aber ihre Führer eine wahre Freude empfinden über die der Sozialdemokratie zugefallenen 110 Mandate, möchten wir stark bezweifeln. Jetzt ist es mit bloßen kräftigen Worten in Versammlungen nicht mehr getan. Die Stärke der Sozialdemokratie wird jetzt zugleich zu ihrer Schwäche werden. Sie hat bei den Massen, um deren Stimmen sie bei dem Wahlkampfe warb, die trügerischsten Erwartungen und Hoffnungen erweckt. Die Massen der Unzufriedenen, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, wollen nunmehr ohne Zweifel auch dementisprechende sozialdemokratische Leistungen im Reichstage sehen. Hat doch früher die Sozialdemokratie den stärkeren bürgerlichen Parteien unausgesetzt zum Vorwurf gemacht, daß sie vor den Wahlen dem Volke alles versprochen und nachher nichts hielten, daß diese Parteien alle Forderungen der Arbeiter an die Reichsgesetzgebung verwirklichen könnten, wenn sie nur ernsthaft wollten.

Nun wohlun, deutsche Sozialdemokratie: Jetzt zeige, was du kannst!

Mit Ausreden und Ablenkungsmanövern, die die französische Sozialdemokratie seit Jahren praktiziert, kommt die deutsche nicht durch. Dafür sorgt die christliche Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie soll nur jetzt das zu verwirklichen suchen, was sie den Massen im Wahlkampfe vorgelogen hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 11) sagt bereits in Ahnung der Dinge, die da kommen werden, daß man sich innerhalb des sozialdemokratischen Lagers nicht verwirren lassen solle in der klaren Erkenntnis, „daß die kapitalistische Welt nicht mit dem Stimmzettel zu erobern ist, daß eine „Weltwende“ nicht durch den parlamentarischen Kampf herbeigeführt wird“. Weiter befürchtet das gleiche Blatt, daß wir „einer Zeit gewaltiger Konflikte, innerer wie äußerer, entgegengehen“. „Der Proletarier“ (Nr. 4), das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, geht noch bedeutend weiter, indem er unter der Überschrift „Eine neue Epoche“ u. a. schreibt:

„Was darf die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands von der gewaltig gestärkten sozialdemokratischen Fraktion erwarten? Die „Metallarbeiter-Zeitung“ verspricht sich von dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie „eine neue Epoche der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reichs“. Das kann und soll nicht so verstanden werden, als ob nunmehr mit einem Ruck an die Verwirklichung der großen Ziele des Sozialismus, an die allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel herangetreten werden solle. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ betont selbst, daß die Sozialdemokratie allein, trotz ihrer gewaltigen Zunahme an Wählerstimmen wie an Mandaten, zur Durchsetzung einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse leider noch immer zu schwach ist. Und wäre sie selbst im Volk und im Parlament stark genug, durch Mehrheitsbeschluß grundlegende Änderungen in der sozialen Verfassung des Gesellschaftskörpers durchzuführen, so würde, von anderen Schwierigkeiten ganz abgesehen, die erste Frage die sein, ob Deutschland inmitten der kapitalistisch

organisierten Staaten Europas auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt in der Richtung zum Sozialismus tun kann. Die bisherige Auffassung der klaren Köpfe des wissenschaftlichen Sozialismus war die, daß jeder Versuch, ein bestimmtes territoriales Gebiet von der Außenwelt loszutrennen, zum Zweck der Veran- staltung sozialistischer Experimente, ein utopisches Unterfangen sei. Bei den modernen Verkehrs- und weltwirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander läßt sich das Deutsche Reich nicht als Eiland behandeln, in dem unbekümmert um die wirtschaftlichen Zustände der Umwelt nach einem vorher genau fixierten Plan beliebige Umgestaltungen vorgenommen werden können. Die fortschreitende Entwicklung zum Ziele der Sozialisierung der Gesellschaft muß eine annähernd gleichmäßige in allen Kulturstaaten der Welt sein, wenn schwere Rückschläge vermieden werden sollen. Die Triebfedern der ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen sind ja auch in allen modern-kapitalistischen Staaten dieselben. Die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze bürgen also in unserer internationalen Zeitperiode immer mehr für ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt. Die erste und Hauptaufgabe, die den zu Machtsfaktoren herangewachsenen sozialistischen Parteien der Großstaaten zuzählt, besteht darin, die großen Unterschiede im politischen Aufbau der einzelnen Staaten auszugleichen. Die deutsche Arbeiterschaft muß nach dem ruhmvollen Abschluß des Kampfes, in dem sie ihre ganze Kraft aufgeboren hat, Wert darauf legen, daß später, wenn sie die auf den neuen Reichstag gesetzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen sollten, sofort jedermann die Tatsachen in die Augen springen: Nicht bei der Sozialdemokratie liegt die Schuld.“

Jetzt wissen die „Genossen“, woran sie sind. Mit diesen Darlegungen wird der Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus vollständig in Frage gestellt. Daß dies direkt nach einem großen sozialistischen Wahlerfolge ausgesprochen wird, nachdem man vorher einige Wochen lang im Wahlkampfe in den Köpfen der Massen noch die utopistischen Hoffnungen erweckt hat, ist das Bezeichnende an der Sache. Daß die „ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen“ in allen modernen kapitalistischen Staaten dieselben sind und daß die dem „Kapitalismus innewohnenden Gesetze“ immer mehr ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt“ bewirken, steht

mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch.

Im Gegenteil: die Vorbedingungen für den Sozialismus sind in den verschiedensten Staaten die denkbar verschiedensten, was schon in der völlig ungleichmäßigen Entwicklung und Verbreitung der Sozialdemokratie deutlich in die Erscheinung tritt. In der „Neuen Zeit“ sagt Kautsky, daß bei der verfloßenen Reichstagswahl über 35% aller über 25 Jahre alten Männer sozialistisch gestimmt hätten, wohingegen von den 3 1/2 Millionen junger Leute von 18–25 Jahren anzunehmen sei, daß sie zur Hälfte auf sozialistischer Seite stehen. Wie sieht es dagegen in den anderen Ländern aus? In dem kulturell und wirtschaftlich hochentwickelten England und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet die Sozialdemokratie fast nichts, in Rußland und dem aufstrebenden Japan fast noch weniger wie nichts. Den sozialistischen Gedanken in den verschiedensten Staaten zu gleicher Zeit auf eine gleich hohe Stufe zu entwickeln, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und bis schließlich in England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Japan der Sozialismus die Stufe erreicht, auf der er bereits in Deutschland angelangt ist, hat in Deutschland die Sozialdemokratie längst niederabgewirtschaftet. Die mit der sozialistischen Ideenwelt aufgeweihten Massen lassen sich in einem Lande nicht jahrzehntelang von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele abhalten mit dem bloßen Vorwand, daß in anderen Ländern die Vorbedingungen für den Sozialismus noch nicht ge-

geben sein. Der Marx'sche Sozialismus, auf den die deutsche Sozialdemokratie schwört, aber läßt sich, wie „Der Proletarier“ ganz mit Recht sagt, eben-
wenig „inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas“ für „ein bestimmtes territoriales Gebiet“ durchführen.

Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet das Ergebnis des Wahlkampfes ohne Zweifel

ganz gewaltige innere Kämpfe.

Sie muß jetzt in absehbarer Zeit, nachdem sie 50 Jahre lang mit Schlagworten und Utopistereien den Massen die Köpfe verkleistert hat, diesen zeigen, was sie kann; sie muß jetzt herstellen das Gleichgewicht zwischen den Erwartungen der mit der kräftigsten Sprache aufgeweckten Masse, der jedesmal Urteil über politische Möglichkeiten abgeht, und den sozialistischen parlamentarischen Taten. In vielen Situationen wird der Sozialdemokratie gar nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was sie früher an bürgerlichen Parteien verurteilte. Vor die Wahl gestellt zwischen einer sprunghaften oder einer stetigen langsame Entwicklung der Sozialdemokratie ist für deren Gegner, insbesondere auch für die christliche Arbeiterbewegung, die sprunghafte Entwicklung der wünschenswertere Zustand.

Die christliche Arbeiterbewegung

kann also mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen. Sie war weiter bei dem Wahlkampfe der alleinige Faktor, der der sozialdemokratischen Phrase standzuhalten vermochte. Der industrielle Westen, das Hauptverbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften, hat in der Hauptwahl nur einen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt: die alte sozialistische Hochburg Solingen. Aus allen anderen Wahlkreisen hätte die Sozialdemokratie in der Stichwahl verdrängt werden können, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht so jährenlich meins gewesen wären. In den Bezirken mit besonders stark entwickelter christlich-nationaler Arbeiterbewegung wurden der Sozialdemokratie zwei ihrer bedeutendsten Mandate, Duisburg und Bochum, abgenommen. Der industriellste Bezirk Europas von Duisburg bis Hamm schied drei christliche Gewerkschaftler: Giesberts, Hedemann und Schiffer, und lediglich einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Die drei Kollegen wurden gewählt mit je 40000, 58000 und 79000 Stimmen. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt daher mit Recht:

„Der wichtigste Teil der Schwerindustrie, drei Wahlkreise mit etwa 400000 Wählern, hat sich entschieden gegen die sogenannte Arbeiterpartei ausgesprochen. Um das bewirken zu können, muß man den Jubel gehört haben, mit dem das Resultat, daß Gue in Bochum gefallen sei, ... aufgenommen wurde. Das war ... überzeugte Gegnerschaft gegen den Sozialismus. Der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat gesiegt dort, wo Arbeitermassen so dicht wie nirgendwo in Deutschland zusammenleben, er hat gesiegt über die öde Verblödung und Verhehlung der „freien“ Gewerkschaften. ... Man vergleiche damit das Ergebnis in Köln und auch in Düsseldorf. Da sind es doch wahrhaftig nicht Arbeiter, die den Sieg der Sozialdemokraten herbeigeführt haben. Bürgerliche und Beamtenkreise haben das in politischer Verblendung getan. Das „bürgerliche“ Köln wählt den Kandidaten der „Arbeiter“-Partei, die Arbeiterbezirke in derselben Provinz wählen den „bürgerlichen“ Abgeordneten.“

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt in ein Stadium gelangt, in welchem die führenden Volkskreise in den verschiedensten Lagern an einer Stellungnahme zu ihr nicht mehr vorbeikommen. Dieser Tatsache hat auch bereits der Herr Reichstagskanzler Ausdruck gegeben, als er das Telegramm einer Siegesversammlung vom Wahlkreise Bochum am 26. Januar wie folgt beantwortete:

„Hochachtungsvoll, Herr.“

Verbindlichen Dank für Übermittlung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterpartei und der hingebenden Mitarbeit ihrer Führer.

Reichstagskanzler v. Bethmann-Hollweg.“

In den bürgerlichen Parteilagern

wird sich alsbald die notwendige Grundierung einstellen, sie wird sich einstellen müssen. Und dann ist die Zeit gekommen, daß für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Linie mit einer wichtigen Aufklärungs- und Propagandaaarbeit angeeignet wird. Noch nie ist die Notwendigkeit einer starken christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für Arbeiter, Volk und Vaterland so deutlich ausgesprochen worden, als durch den Ausgang der letzten Reichstagswahlen. Rufen wir daher die Zeit!

Eröffnet zunächst die durch den Wahlkampf neu-geschaffene Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine ungünstigen Perspektiven, so bleibt aber trotzdem bestehen, daß die gegenwärtige Situation für die innerpolitische Entwicklung unseres Vaterlandes sowie für dessen Stellung im Rate der Völker eine überaus ernste ist. Wenn einmal 35 Prozent der

über 25 Jahre alten Männer, bewußt oder unbewußt, sich gegen die Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse aussprechen; wenn ferner weite bürgerliche Kreise an politischem Hyperadikalismus selbst die ruhigeren Elemente innerhalb des sozialdemokratischen Lagers übertreffen, so ist das eine tiefere Erscheinung, der mit der erforderlichen Gründlichkeit und Tiefe nachgegangen werden muß. Ueber diese Zusammenhänge wird man an den zuständigen Stellen eine ernste Gewissenserforschung anstellen müssen.

Bei der vorletzten Wahl sind für die christliche Gewerkschaftsbewegung in den verschiedensten Bezirken größere Schwierigkeiten hervorgetreten. Diesmal sind solche — von einem einzigen Bezirk abgesehen — nicht bekannt geworden. Die grundsätzlichen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Bewegung während der letzten Jahre gelegentlich des Reichsvereinsgesetzes, der Reichsfinanzreform und der Reichsversicherungsordnung, sowie der Umstand, daß in Bezirken mit komplizierten politischen Verhältnissen die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften sich eine größere Reserve auferlegt haben, sind unserer Bewegung bei dem diesmaligen Wahlkampfe sehr zusetzen gekommen. Schwierigkeiten haben sich lediglich gezeigt an der Saar. Darüber wird demnächst an anderer Stelle geredet werden müssen.

Welche Taten

von dem neu gewählten Reichstag nach der sozialpolitischen Seite zu erwarten sind, läßt sich von vornherein nicht sagen: die Zusammensetzung des Reichstages ist eine zu unsichere. Hoffentlich erschöpft sich die Tätigkeit des neu gewählten Reichstages nicht in sozialpolitischen Reden und Anträgen, wie dies an dem 1903 gewählten Reichstag, in dem bekanntlich auch schon 81 Sozialdemokraten saßen, zu beobachten war; mit Reden und Anträgen kann sich die deutsche Arbeiterpartei kein Brot kaufen. Was ihr nützt, sind lediglich greifbare parlamentarische Erfolge. — Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat auch im neu gewählten Reichstag wieder eine Anzahl warmer Freunde. Neben unseren Kollegen seien genannt die Herren Prof. Dr. Hise, Dr. Pieper; weiter wurde neu gewählt Graf Posadowsky, der sich schon in seiner früheren Stellung als Staatssekretär mehrfach warm für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat. Ebenfalls neu gewählt wurde Herr Lic. Mumm; er ist in unseren Kreisen zu bekannt, als daß wir noch Besonderes über ihn zu sagen brauchen. Auch Herr Justizrat Carl Trimborn, der leider in Köln unterlegen ist, wird in wenigen Monaten wieder dem Reichstage angehören. — Für die christlichen Gewerkschaften hat die Reichstagswahl keine größeren Ueberraschungen gebracht. Daß die Sozialdemokratie vier Millionen Stimmen erhalten würde, wurde bei dem Kampfe unter den bürgerlichen Parteien während der letzten Jahre allgemein vorausgesetzt und angenommen; daß sie mehr Mandate erhalten hat, als man annahm und als den sozialdemokratischen Führern selbst erwünscht ist, ist fürwahr für die christliche Gewerkschaftsbewegung kein Nachteil; im Gegenteil: der Kampf gegen die sozialdemokratische Phrase, den die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren mit Nachdruck aufgenommen, läßt sich in dieser neuen Situation wirkungsvoller als je führen: die jetzige Stärke der Sozialdemokratie ist zugleich ihre Schwäche.

Charakter und Zweck der Versammlungen.

Nachdem wir uns bereits über die Vorbereitung und Ausnutzung der Versammlungen, sowie über die Versammlungsleitung und die parlamentarische Verhandlungsform verbreitet haben, bliebe uns noch übrig, über die verschiedenen Versammlungsarten und deren Zweck einiges zu sagen.

Der Charakter einer Versammlung richtet sich naturgemäß nach dem Zweck, der mit derselben erreicht werden soll. Dem letzteren entsprechend unterscheiden wir öffentliche, Fabrik- oder Mitglieder-Versammlungen ein. Bei öffentlichen Versammlungen richten wir den Appell an die christlich und national gesinnte Arbeitererschaft unseres Vaterlandes, oder, wenn es sich um gemeinsame Versammlungen handelt, an die gesamte, auf unserm Boden stehende Arbeitererschaft. Diese Versammlungen sollen dazu dienen, die Mitglieder mit neuer Begeisterung und neuem Arbeitsseifer zu erfüllen. Sie sollen den Organisationsgedanken in weitere Arbeiterkreise hineintragen, neue Mitglieder werden und auch in Nichtarbeiterkreisen Verständnis und Sympathien für unsere Bewegung zu erwecken versuchen. Derartige Versammlungen haben dann regelmäßig von Zeit zu Zeit, mindestens aber zweimal pro Jahr stattzufinden. Sie schaffen Leben und Bewegung und tragen wesentlich zur Erhaltung und weiteren Entwicklung der Ortsgruppe bei.

Weiter setzen wir in öffentlichen Versammlungen auch Stellung zu wichtigen Vorkommnissen, die

für unsere Bewegung von Interesse sind. Wir rufen z. B. öffentliche Versammlungen ein, um zu Lohnbewegungen und Streiks, zu Fragen der kommunalen und staatlichen Sozialpolitik Stellung zu nehmen, um unsere Ansichten und Forderungen zu begründen und für diese die öffentliche Meinung zu gewinnen. Diese Versammlungen sind aber auch in agitatorischer Hinsicht vielfach noch wirksamer und erfolgreicher wie die vorerwähnten. Wir müssen darum noch mehr wie bisher bestrebt sein, wichtige Fragen aufzugreifen, um sie im richtigen Moment, wenn das Interesse hierfür noch recht lebhaft ist, für unsere Bewegung auszunutzen. Selbstverständlich hat dies in einwandfreier, objektiver Form zu geschehen. Es muß uns hierbei der Gedanke befehlen, sowohl der Organisation als auch den Arbeiterinteressen wirklich zu dienen.

Fabrikversammlungen werden, wie das ja der Name auch schon besagt, für die Arbeiter eines bestimmten Betriebes, oder, wenn es sich um Großbetriebe handelt, auch nur für eine bestimmte Branche des Betriebes einberufen. Diese Versammlungen haben einen doppelten Zweck. Sie können zunächst rein agitatorischer Natur sein. In Betriebs- oder Branchenversammlungen kann auf die in dem Betriebe herrschenden speziellen Verhältnisse eingegangen werden. Die Arbeiter sind an diesen direkt interessiert. Das hat zur Folge, daß sie solche Versammlungen auch weit eher besuchen wie jene, in denen nur Fragen allgemeiner Natur behandelt werden. Allerdings führen die Betriebsversammlungen auch leichter zu Maßregelungen. Das ist besonders dort der Fall, wo der Organisationsgedanke noch neu ist und der Arbeitgeber sich mit demselben noch nicht abgefunden hat. Darum ist in den Versammlungen dieser Art Vorsicht am Platze. Die Besprechung vorhandener Mängel soll ohne persönliche Spitze, in ruhiger und wahrheitsgetreuer Form erfolgen.

Neben der Gewinnung neuer Mitglieder dienen die Betriebsversammlungen auch der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. In ihnen wird über die einzuschlagenden Wege beraten, um vorhandene Mängel aus der Welt zu schaffen. Es werden die aufzustellenden Forderungen formuliert und genehmigt und die zur Vertretung derselben nötigen Personen bestimmt. In den Betriebsversammlungen wird auch Stellung genommen zum Ergebnis eventueller Verhandlungen, und im Einverständnis mit der Bezirks- und Zentralkommission des Verbandes über etwa nötige ernste Maßnahmen zur Durchführung der gestellten Forderungen beschlossen. Bei der Bedeutung, die den Betriebsversammlungen zukommt, ist ein guter Besuch derselben dringend nötig. Eine stark besuchte Betriebsversammlung dokumentiert den entschiedenen und allseitigen Willen der Arbeiter, an der Abstellung vorhandener Mängel mitzuarbeiten. Das aber wird in der Regel auch auf den Arbeitgeber nicht ohne Eindruck bleiben.

In den Mitglieder-Versammlungen endlich werden die internen geschäftlichen Angelegenheiten der Ortsgruppe erledigt. Sie dienen auch dazu, die Mitglieder gegenseitig näher zu bringen und zwischen diesen und dem Verbande eine gewisse Zühlung herzustellen. Daraus ergibt sich schon, daß die Mitglieder-Versammlungen regelmäßig und mindestens monatlich einmal stattfinden haben. Nur dann können sie auch ihre weitere und wohl wichtigste Aufgabe, die Belehrung und Erziehung der Mitglieder, in der richtigen Weise erfüllen. Hierbei ist jedoch weiter zu beachten, daß bei der Wahl der zu behandelnden Themen nicht ziel- und planlos vorgegangen werden darf. Wir haben früher schon betont, daß nach einem bestimmten, wohlverwogenen Programm gearbeitet werden muß, wenn man Erfolg haben will. Der Ortsgruppenvorstand muß sich bei der Aufstellung des Programms reiflich überlegen, was am meisten not tut. An dem einen Orte wird es zweckmäßig sein, einmal die Momente, die uns von der sozialdemokratischen Bewegung trennen, recht gründlich zu erörtern, an einem andern vielleicht die Frage der Streikattitüde, das Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Vereinen, Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung usw., je nachdem die Verhältnisse am Orte gelagert sind. Jedenfalls sollte jede Ortsgruppe danach streben, ihre Mitglieder-Versammlungen regelmäßig abzuhalten und sie recht interessant zu gestalten; selbst dann, wenn der Besuch zu wünschen übrig läßt. Wir erreichen dadurch nach und nach, daß wir wenigstens über eine kleine Kerntruppe tüchtiger und geachteter Gewerkschaftler verfügen. Wo sich unter den Mitgliedern selbst geeignete rednerische Kräfte nicht finden und die Zuziehung auswärtiger Referenten zu kostspielig wird, sind vielleicht uns freundlich gesinnte Personen aus anderen Ständen gern bereit, auszuweichen und hier und da mal einen Vortrag zu übernehmen. Wo ein Wille ist, findet sich in der Regel auch ein Weg.

Wir sehen also, daß jede der erwähnten Versammlungsarten ihre speziellen Zwecke zu erfüllen hat. Sie alle müssen darum in den Dienst unserer Bewegung gestellt werden. Berücksichtigen wir dabei auch die früher gegebenen Anregungen, dann werden sie uns auch Erfolge bringen.

Zur Lage in Sachsen-Thüringen.

Die sächsisch-thüringische Textilindustrie ist wohl zur Genüge bekannt dafür, daß sie der Arbeiterschaft unzulängliche Löhne zukommen läßt. Diese Tatsache erhält noch besondere Bedeutung dadurch, als es sich um Orte handelt, wo der sozialdemokratische Textilarbeiterverband seine Domänen hat. Wenn man die radikalen Reden der Genossen in den Versammlungen hört, dann sollte man annehmen, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband wohl imstande wäre, die ganze Welt auf den Kopf zu stellen. In Wirklichkeit aber ist das Getue nichts anderes als Theaterdonner.

In den Kreisen der Textilarbeiterschaft ist infolge des ewigen Hin und Her und auch infolge der Forderung einer hochgradigen Erregung eingetreten. Um die Gemüter zu beschwichtigen, fanden denn auch seit dem Spätsommer 1911 verschiedene Lohnbewegungen statt. Die Geschäftslage war eine gute und konnte mit dazu beitragen, den Arbeitgebern Zugeständnisse abzurufen. Die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung Nr. 279“ schrieb über den Geschäftsgang folgendes:

„Die Beschäftigung im hiesigen Industriebezirk ist nach wie vor als zufriedenstellend zu bezeichnen und hat in den letzten Wochen eher noch eine Besserung erfahren. Trotz der langsamen Entwicklung des Geschäftes sind fast sämtliche Webereien, namentlich auch die Lohnwebereien, bis Januar nächsten Jahres, teilweise sogar bis später voll beschäftigt.“

Die Situation war also günstig. Von Grimmitzschau aus nahm nun auch eine allgemeine Bewegung ihren Anfang. Es wurde gefordert:

1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter.

2. Eine Erhöhung der Löhne für die in Wochen-, Tages- oder Stundenlohn Beschäftigten.

3. Eine einheitliche Regulierung der Weblöhne sowie die Bezahlung der Nebenarbeiten.

Soll gleichzeitig unterbreitet werden die Forderungen der Glaucha-Meerane den Arbeitgebern ihre Forderungen:

1. Mindestlohn für männliche Arbeiter 18 M. pro Woche.

2. Wochenlohn für Arbeiterinnen über 18 Jahren 10,40 M.

3. Einführung der 55stündigen Arbeitszeit pro Woche.

Diesen Forderungen schlossen sich etwas später die Färbereiarbeiter von Greiz, Gera, Wehlau und Neischa an.

Und wie war der Erfolg?

In Grimmitzschau bewilligten die Arbeitgeber einige kleine Forderungen der „Gelben“, welche dieselben, um dem sozialdemokratischen Verband den Wind aus den Segeln zu nehmen, auf Veranlassung der Arbeitgeber gestellt hatten. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband ließ nun in zwölf großen Versammlungen Resolutionen annehmen des Inhaltes, daß man an den gestellten Forderungen festhalte. Damit ist wohl die Bewegung in die Versenkung verschwunden. Auch die Tatsache, daß in den roten Versammlungen eine große Erregung herrschte, wird an diesem Resultat wenig ändern.

Durch eine Bekanntmachung „Sächsisch-Thüringischer Webereien“ trat am 24. November ein neuerevidierter Lohnsatz in Kraft. Die Lohnerhöhungen entsprechen keineswegs den gestellten Forderungen. Das Publikationsorgan des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, die „Neuzeitliche Volkszeitung“, stellte fest, daß die Lohnerhöhung pro Arbeiter und Woche sage und schreibe — ganze 17 Pfennige betrüge. Aber — Still ruht der See... — der vorher so rasche. Den Färbereiarbeitern wurde 75 Pfg. Lohnerhöhung pro Woche bewilligt, die Arbeiterinnen sollen 10 M. Minimallohn erhalten.

Als in einigen Orten die Arbeiterschaft, weil die Zugeständnisse zu gering waren, das letzte Mittel, den Streik, in Anwendung bringen wollte, folgte seitens des Arbeitgeberverbandes sofort die Androhung der Aussperrung. Ebenso rasch und prompt erfolgte aber auch das Zurückhupfen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Auch der Streik der Wäscherei- und Färbereiarbeiter bei der Firma Louis Hirsch in Gera wurde nach Androhung der Aussperrung sofort beendet. In der Eingabe wurde für Affordarbeiter 10% Lohnerhöhung und 18 M. Garantilohn gefordert. Bewilligt wurden 35—80 Pfg. Lohnerhöhung und 16,80 M. Garantilohn. Also sehr magerer Erfolg. Trotz des günstigen Geschäftsganges wurde, wie schon gesagt, die Bewegung zum dritten Male abgewürgt.

Wir würden auf diese Dinge nicht so weit eingegangen sein, wenn nicht die Führer des sozialdemokratischen Verbandes eine geradezu widerliche Rolle bei den Bewegungen gespielt hätten. Um eine Ableitung für die Unzufriedenheit im eigenen Lager zu schaffen, wird unser Verband nach allen Regeln der Kunst in Mißkredit gebracht. In den Belegschafts- und sonstigen Versammlungen werden die christlichen Redner oft in der pöbelhaftesten Weise unterbrochen und angegriffen. Es muß geradezu anwidern, wenn man die fanatischen und verblödeten Verdächtigungen gegenüber den christlichen Gewerkschaften anhört. Es ist unglücklich, was für wirres und ungeheures Zeug da alles vorgetragen wird. Die „roten Führer“ hören dann gewöhnlich mit häßlichem Lächeln zu. Die betr. Genossen freuen sich jedenfalls über die Früchte ihrer Erziehung. Aber die unhaltbaren Verdächtigungen haben anscheinend keinen Erfolg mehr. Der Titel „Zentrumsgeversität“ kann nicht angewandt werden, weil eben unsere Mitglieder in Sachsen-Thüringen mindestens zu 90% anderen bürgerlichen Parteien angehören. Auch der blöde Vorwurf „Streitbrecherorganisation“ zieht nicht mehr. Nunmehr kam man auf den Einfall, sich einen neuen Bundesgenossen zur Verächtlichmachung der christlichen Gewerkschaften heranzuziehen, nämlich die Arbeitgeber! In der „Neuzeitlichen Volkszeitung“ erschien nämlich vor kurzem eine Notiz folgenden Inhaltes:

„Wie verlautet, will man nach den Reichstagswahlen mit der Gründung gelber Gewerkschaften im hiesigen Bezirk einsehen. Ein jetziger christlicher Führer soll bereits als gelber Gauleiter in Aussicht genommen sein. Bestätigt sich diese Mitteilung, dann wird man der christlichen Arbeiterbewegung wohl das Grab schaufeln. Den „freien“ Gewerkschaften wird die gelbe Bewegung wenig Schaden zufügen. Was abzusplittern war, das hat die christliche Bewegung vollbracht. Die gelbe Bewegung wird nur auf Kosten der christlichen Leben.“

Der Artikelschreiber scheint auf dem Monde zu leben, sonst müßte er wissen, daß nur durch das frivole Spiel der sozialdemokratischen Gewerkschaften die „gelbe Sumpfpflanze“ geradezu geizt wurde. Wir wollen das Gedächtnis der Genossen etwas auffrischen, indem wir den Namen Grimmitzschau nennen. Bei der Bewegung in Grimmitzschau fanden sich, weil die Unterstützung zu mager war, 2600 Arbeitswillige. Die Bewegung ging verloren. Die Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes füllte mit ungefähr 300000 Mark „Sammelgeld“ ihre leere Kasse. Die Folge davon war, daß die gelbe Bewegung üppig gedeihen konnte. Auch Gera, Eisenburg usw. zeigen zur Genüge, wo der beste Nährboden für die „gelben“ Gewerkschaften ist. Auch der Verleumdung, „ein christlicher Führer solle bereits als „gelber“ Gauleiter in Aussicht genommen sein“, stellen wir die Tatsache gegenüber, daß die meisten „gelben Sekretäre“ nicht den christlichen, sondern den sozialdemokratischen Gewerkschaften nahestanden und ihnen früher angehörten. Sollte es sich bewahrheiten, daß, durch den genannten Artikel des roten Parteiorgans veranlaßt, die Arbeitgeber gelbe Gewerkschaften gründen würden, so werden wir auch dem neuen Gegner zu widerstehen wissen. Und wer dann gegenüber der Unternehmerorganisation der Leidtragende sein wird, das wird die Zukunft lehren.

Jedenfalls wird auch den seitens der Sozialdemokratie verhetzten Arbeitern einmal das Bewußtsein aufdämmern, daß rote Phrasen und rote Taten zwei himmelweit verschiedene Dinge sind. Durch das Hineintragen sozialdemokratischer Parteipolitik in Lohnbewegungen wird die Einheit der Arbeiterschaft gestört und ein guter Erfolg in Frage gestellt.

Die Beamten des sozialdemokratischen Verbandes versuchen über die momentane Verlegenheit und verfahren Situation hinwegzutäuschen. Wußte sich doch der Gauleiter Breitschneider, um die Gemüter zu beruhigen, in Glaucha nicht anders zu helfen, als die unwahre Behauptung aufzustellen: „Die Arbeiterschaft von Reichenbach und Greiz sei mit den Zugeständnissen der Arbeitgeber vorläufig einverstanden.“ Tatsache war aber, daß die Arbeiter in Reichenbach und Greiz noch gar nicht zusammen gewesen waren um ihren Willen kund zu tun.

So ist gegenwärtig die Situation in Sachsen-Thüringen. Der reinste Hexenkessel. Dazu kommt noch, daß die versprochenen Lohnzulagen nicht überall zur Auszahlung kommen. Die Firma Richard Hütche in Glaucha hat bis heute noch keine Lohnzulagen gezahlt und der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hat noch keinen Finger deshalb gerührt. In der Arbeiterzeitung herrscht eine hochgradige Erregung. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Sturm einmal über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg ausbricht.

Die radikale Erziehungsmethode wird sich eines Tages an ihren Urhebern rächen.

Für die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes heißt es heute mehr denn je, neue Kämpfer zu werben, um sich die Anerkennung im wirtschaftlichen Kampfe und im öffentlichen Leben zu erringen.

Der Kampf der Weber in England.

In dem großen Kampfe in der englischen Baumwollindustrie ist es zu einem längeren Waffenstillstand gekommen. Damit ist die ganze Bewegung wohl endgültig begraben. Wir lesen nun über Ursache und Beendigung dieser interessanten Bewegung einen Artikel im „Zentralblatt“, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Das „Zentralblatt“ schreibt:

„Nunmehr ist es England, welches unter dem Gesichtspunkt der internationalen Arbeiterbewegung am meisten die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Die schweren Erschütterungen des Erwerbslebens scheinen dort einfallen noch kein Ende nehmen zu wollen. Bemerkenswert mit eigigem Befremden betrachtet, vielfach auch glattweg verurteilt wird namentlich die Bewegung unter den Webern im Lancashire Bezirk. Es ist ziemlich allgemein bekannt, daß hier das Ursprungsland des gewerkschaftlichen Einigungswesens ist, begründet in der hochstehenden Organisation beider am Arbeitsvertrag beteiligten Parteien. Umso berechtigter glaubt man sich in weiten Kreisen zu einem abfälligen Urteil über das Verhalten der Arbeiter, die einen anscheinend so geringfügigen Anlaß sich zu einer Bewegung von solcher Tragweite auszuwaschen ließen.“

Zunächst: wie liegen die Tatsachen? In zwei Orten des genannten Bezirks haben die gewerkschaftlich organisierten Weber die Arbeit in je einem Betrieb eingestellt, weil sie es ablehnten, länger mit Unorganisierten zusammenzuarbeiten, deren Zahl allerdings in beiden Fällen nur je zwei betrug. Die Unternehmer beantworteten den Streik, nachdem ihre entsprechende Drohung nicht zu dessen Aufhebung führte, mit der Aussperrung von 160000 Webern, deren Zustand natürlich auch weitere verordnete Branchen, zunächst die Spinner, zu einer mehr oder minder großen Einschränkung der Arbeit zwingt. Drei Dinge sind an dieser Bewegung bemerkenswert. Vor allem einmal — soweit die Textilindustrie des betr. Bezirks in Frage steht — die vorher kaum jemals erreichte Zahl der direkt und indirekt in die Bewegung Eingezogenen. In mehr als drei Jahrzehnten hat in der Weberei kein Generalstreik und keine Generalaussperrung stattgefunden. Und nun wird eine solche allgemeine Aussperrung vorgenommen, ohne — das ist die zweite Eigentümlichkeit — daß irgendeine ursprüngliche Fehde zwischen den beiden Parteien besteht. Erst im Verlaufe der Bewegung

haben die Arbeiter eine Lohnforderung gestellt. Und nun denke man sich, dritten, diesen ganzen gewaltigen Apparat in Bewegung gesetzt um einer geradezu lächerlich winzigen Anzahl von Personen willen. Dann wird die Verantwortung von jedem Unbefangenen jedenfalls nicht mehr so ohne weiteres „der Gewerkschaftsbewegung“ zugeschoben werden. Erst recht nicht, wenn weiter in Erwägung gezogen wird, daß die Unternehmer durch ihre Aussperrung, ob bewußt oder unbewußt, sich zu Schützlingen jener winzigen Anzahl von Personen aufgeworfen haben. Und zwar noch dazu gegen alle Logik. Denn dieselben Unternehmer haben durch jahrzehntelanges gemeinschaftliches Arbeiten mit den Gewerkschaften das Organisationsprinzip anerkannt; mehr noch: sie haben sich in dieser langen Zeit unzähligmale der Mithilfe der Organisation bedient, um außenstehende Arbeitgeber in ihre Organisation zu zwingen — und nun, wo es auf eine entsprechende Gegenleistung ankommt, nehmen sie in entgegengesetztem Sinne Partei! Betrachtet man also diese Bewegung isoliert, unter ausschließlicher Rücksichtnahme auf die sie begleitenden Umstände, dann springt das Unhaltbare der Stellung der Unternehmer sofort in die Augen. Etwas Ähnliches wäre es, wenn die Unternehmer des Buchdruckgewerbes in Deutschland deshalb eine Aussperrung über die organisierten Buchdrucker verhängen würden, wenn deren Mitglieder in einem Betrieb sich weigerten, mit nicht-tarifierpflichteten Arbeitern zusammenzuarbeiten. Der Fall ist einfach undenkbar, weil eben beide Parteien an der Förderung der gegenseitigen Organisationen interessiert sind. Er wäre auch in England unter gewöhnlichen Umständen nicht denkbar gewesen. Man hätte sich sicherlich über die Behandlung von vier unorganisierten Leuten ohne Schwierigkeit einigen können. Die Erklärung ist denn auch nur darin zu suchen, daß ungewöhnliche Voraussetzungen gegeben waren.

Wer die „Cotton Factory Times“, das für die in Frage stehende Arbeiterschaft bestimmte Organ, längere Zeit verfolgt hat, wird immer wieder auf Artikel gestoßen sein, die „die Frage der Nichtorganisierten“ behandeln. Diese Frage hat sich allmählich zu einer Prinzipienfrage ausgewachsen, und zwar handelt es sich im letzten Grunde um nichts anderes, als um das closed shop, die „geschlossene Werkstätte“ der Amerikaner, womit das Recht beansprucht wird, den Betrieb unorganisierten Arbeitern gänzlich zu verschließen. Die Arbeiterschaft stützt sich dabei auf ein „moralisches Recht“, dasjenige, was durch die organisierten Berufs-genossen an Besserung der Arbeitsbedingungen errungen wurde, nun auch nur denjenigen zukommen zu lassen, deren Tatkraft und Opferwilligkeit die Errungenschaft zu veranlassen ist. Der gemäßigt sozialistische „Labour Leader“ bejaht ohne Einschränkung die Frage, ob Gewerksvereine berechtigt seien, die Arbeit an der Seite von Nichtgewerksvereinen zu verweigern. „Der Nichtgewerksvereiner bezahlt nicht und gewinnt am meisten. In eine Bewegung um Aufbesserung des Arbeitsverhältnisses erfolglos, wird er befördert wegen seiner „Loyalität“. Hat die Bewegung Erfolg, so empfängt er doppelte Bezahlung für die Streikperiode (gemessen an dem, was die Streikenden erhalten. D. Red.) und gleichzeitig tritt er in den vollen Genuß der Erfolge der Gewerksvereine ein.“ Ein derartiges Reasonement leuchtet dem organisierten Arbeiter natürlich ein und es will ihm nur schwer in den Sinn, daß die gesetzlich gewährte Freiheit, sich zu organisieren, als logische Konsequenz auch die Freiheit nach sich zieht, sich nicht zu organisieren. Daß letztere Freiheit unter Umständen von hohem Wert sein kann, ergibt sich aus der bloßen Erwägung: daß es sich um Organisationen von einer solchen Tendenz handeln kann, die der Geistesrichtung des betr. Arbeiters widerspricht.

Die englischen Weber scheinen denn auch im Verlauf der mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen, die Absicht, der Vorherrschaft der neuen amtlichen Einigungs-institution — ein Meister auf dem Gebiet des gewerkschaftlichen Einigungswesens —, leitet ihre intransigente Stellungnahme aufgegeben zu haben. Nach dem, was die eingeweihte Presse durchblicken läßt, scheint von ihnen der Vorschlag des Einigungsbeamten ausgegangen zu sein, in der „Nichtorganisierten Frage“ einzuwollen einen sechsmonatigen Waffenstillstand einzutreten zu lassen, d. h. wohl ihr ein anständiges Begräbnis zu erteilen. Aber die Unternehmer verlaßen mehr: sie fordern nicht bloß den Abbruch der beiden totalen Streiks und die Wiederherstellung des früheren Zustandes; sie fordern vielmehr auch eine Garantie für alle Zeiten, daß die Arbeiterorganisationen nie wieder die Zusammenarbeit mit Nichtgewerksvereinen verweigern, wenn es dieshalb zu einem Ausstand der Mitglieder kommen sollte. Damit ist die Sache einseitig auf einem toten Punkte angelangt, wenn auch die Unternehmer hinsichtlich der Lohnforderung sich anscheinend nicht ablehnend verhalten.

Allgemeine Rundschau.

Eine sozialdemokratische Lügennotiz machte in der letzten Zeit unter der Ueberschrift „Schwarze Terroristen“ die Runde durch den roten Blätterwald. In Allersberg in der Oberpfalz (?) soll durch den dortigen Pfarrherrn auf den Wegner eingewirkt worden sein, damit dieser seinen Sohn, der Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft war, veranlasse, aus dieser Gewerkschaft auszutreten, im andern Falle er seinen Posten zu verlassen habe.

„Zahlreiche elend bezahlte Textilarbeiter, die früher christlich organisiert waren, sollen, als sie zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage Lohnforderungen stellten, von der christlichen Organisation schmachlich im Stich gelassen worden sein“, die Folie wäre „ein allgemeiner Hebertritt zur freien Gewerkschaft“ gewesen und „die christliche Zugschelle ging in Trümmer.“

Soviele Behauptungen, so viele Unwahrheiten! Daß die fragliche Notiz aus einer der bekannten sozialdemokratischen Lügenfabriken stammt, erhellt schon daraus, daß man von einem Allersberg in der Oberpfalz schreibt, das es in Wirklichkeit aber gar nicht gibt, sondern nur ein Allersberg in Mittelfranken. Im vorliegenden Falle kann nicht im geringsten von einem „schwarzen Terrorismus“ die Rede sein, denn vom Pfarrherrn ist, wie dieser bereits in der Tagespresse nachweisen konnte, keinerlei Drohung, auch keine Drohung mit Entlassung des Wegners ausgesprochen worden. Der Pfarrherr hat lediglich in seiner Eigenschaft als Selbstorger mit Erfolg versucht, einen jungen Mann von

dem Beitritt zu einer Partei abzuhalten, die systematisch auf den Sturz von Thron und Altar hinarbeitet, und das war und bleibt auch für immer sein gutes Recht. Wenn die roten Presseerzeugnisse in dem Vorgehen des Herrn Pfarrers schon Terrorismus erblicken, ja was sind denn die tagtäglichen „Belehrungsversuche“ sozialdemokratischer Agitatoren und Zeitungen?

Aus der Ortsgruppe unserer Organisation in Allersberg sind aus dem Grunde eine Anzahl Arbeiter ausgetreten und unorganisiert geblieben, weil sie den wirtschaftlichen Druck des Arbeitgebers zu sehr fürchteten. Wenn diese Arbeiter nicht gleich beim ersten Ansturm das erreicht haben, was sie erhofften, dann nicht deswegen, weil sie von der christlichen Organisation schmächtig im Stiche gelassen wurden, sondern umgekehrt, weil sie die Organisation im Stiche ließen. Kommt das auch nicht tagtäglich in den sogenannten „freien“ Gewerkschaften vor?

Mit den allerbestmöglichen Mitteln verjachten die sozialdemokratischen Agitatoren in Allersberg im Frühen zu fischen. Obgleich ihnen Versammlungsorte genug zur Verfügung standen und ihre Agitatoren von Roth, Nürnberg und Bamberg auch im vergangenen Jahre fast in jeder Woche sich in Allersberg einfanden und dort auch eine ganze Anzahl Versammlungen abhielten, war der ganze Erfolg dieser „Hyänen des Schlachtfeldes“ gleich Null. Die christliche Organisation hat sich aber trotz eines recht hartnäckigen Kampfes mit einem sozial rückständigen Unternehmertum um das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht behaupten können und zählt auch heute noch etwa viermal mehr Mitglieder als wie Ende 1910, also vor dem Kampfe. So steht also in Wirklichkeit „die Zertrümmerung der christlichen Zahlstelle“ aus.

Schöne Erfolge unseres österreichischen Bruderverbandes. Im Jahre 1911 hat der Verband christlicher Textilarbeiter Österreichs 2155 neue Mitglieder gewonnen; davon im 4. Quartal allein, also innerhalb 13 Wochen, 1062 Mitglieder. Die „Textilarbeiter-Zeitung“, das Organ des Verbandes, schreibt in ihrer letzten Nummer, daß noch niemals eine solche Begeisterung und ein solcher Agitationseifer unter den Mitgliedern herrschte, als in letzter Zeit. Nicht weniger als 72500 Flugblätter wurden seitens der Vertrauensleute unter den Textarbeitern im letzten Quartal 1911 verteilt; vier neue Ortsgruppen wurden in dieser Zeit gegründet. Der Verband zählt heute über 10000 Mitglieder. Wenn die Agitation weiter solche Erfolge bringt, und das ist zu hoffen, denn die „Textilarbeiter-Zeitung“ berichtet bereits, daß im Monat Januar die Agitation noch erfolgreicher sei als in den vorhergehenden Monaten, dann dürften die ersten 20000 Mitglieder im Laufe des nächsten Jahres erreicht werden. Wir wünschen dem christlichen Bruderverbande ein gutes Gelingen zu seinen mühevollen Arbeiten.

Minister und christlich-nationale Arbeiterbewegung. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen kräftige Rückschläge bekommen. Hier, wo unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung dominierend ist, da sind den Gewinnen zwei Mandate entzogen worden, da sind für sie schmerzhaft Verluste zu verbuchen. Die christliche

Arbeiterbewegung hat sich als ein starker nationaler Damm erwiesen. Das erkennt auch der Reichsminister an, indem er in einem Telegramm seine Freude über den roten Wahlverlust und zugleich den Dank an die christlich-nationale Arbeiterbewegung für ihr mannhaftes, echt vaterländisches Verhalten ausdrückt.

Das ruft uns eine Erinnerung nach, da zum ersten Male ein Mann in ähnlicher Stellung die christlich-nationale Arbeiterbewegung und speziell die christlichen Gewerkschaften in Schutz nahm und warme Worte der Anerkennung für sie fand. Das sind jetzt gerade sechs Jahre her. Am 6. Februar 1906 trat der damalige Staatssekretär Graf von Posadowsky-Wehner im Reichstage auf und verteidigte unsere Bewegung gegenüber den zahlreichen Angriffen von links und rechts. Damals waren die politischen Intriganten am Spiel, den großen Staatssekretär zu stürzen. Sie wollten Ausnahme-gesetze gegen die Arbeiterbewegung jeglicher Richtung. Rüdorff hatte gerade in Mannheim sein Wort gesprochen: „Die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer als die sozialdemokratischen“. Das hatte in gewissen Kreisen ein freudiges Echo gefunden. In dieser Situation wogen die Worte des Staatssekretärs um so schwerer.

Zunächst wies er darauf hin, wie kurzichtig es sei, bei unserer heutigen industriellen Entwicklung an die Möglichkeit einer Vernichtung der Arbeiterbewegung zu glauben. Und dann fuhr er wörtlich fort:

„Man kann diese Anschauung nur haben, wenn man von einem nicht quantitativen, aber qualitativ ziemlich eng begrenzten Interessenstandpunkt solche Frage betrachtet. Nun komme ich auf die Sozialdemokratie zu sprechen. Das ist eben der Unterschied zwischen einer berechtigten und einer unberechtigten Arbeiterbewegung, daß die Sozialdemokraten Forderungen stellen im Interesse der Arbeiter, die weder im Gegenwartsstaate, noch im Zukunftsstaate, noch in irgend einem anderen Staate der Welt jemals zu erfüllen sein werden. Denn die Erfüllung dieser Forderungen würde zum Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen Lebens und mit ihm des Staats führen. Weil die Sozialdemokratie hiervon überzeugt ist, erklärt sie: Der ganze bestehende Staat muß beseitigt werden, es muß ein Zukunftsstaat gegründet werden. Wie dieser Zukunftsstaat aussehen würde, davon habe ich wenigstens keinen Begriff.“

Deshalb muß man es doch begrüßen, wenn eine Arbeiterbewegung besteht und sich weiter entwickelt, die erklärt: ja, wir sind auch dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter dem wachsenden Wohlstande des gesamten Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gestiegenen Lebensbedürfnissen und gestiegenen Lebenspreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dieses Ziel mit gesetzlichen Mitteln verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staate, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.

Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischen Stimmen Fortschritte machen wollen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, wenn wir eine Arbeiterpartei schaffen wollen, die innerhalb des gegebenen Staates, innerhalb des bürgerlichen, monarchischen Staates, innerhalb möglicher wirtschaftlicher Grenzen ihre Wünsche verfolgen will, dann haben wir doch den dringendsten Grund, solche Arbeiterbewegung, wie die christliche Arbeiterbewegung, zu unterstützen. Ich halte deshalb die Richtung, die behauptet, die christliche Arbeiterbewegung ist noch viel gefährlicher als die sozialdemokratische, für falsch. Das ist der Standpunkt von Männern, denen jede Forderung der Arbeiter, auch wenn sie noch so berechtigt ist, an sich unsympathisch ist.“

Und dann verglich Posadowsky die Stellung mancher Herren zu den christlichen Gewerkschaften mit der Stellung mancher Minister in einem konstitutionellen Staatswesen, die sich nach der Zeit des absoluten Staates zurücklehnen, wenn mal an ihnen Kritik geübt wird.

Es läßt sich manche Parallele ziehen zwischen der Zeit von damals, als Posadowsky vom Bundesratsratte aus diese entsetzten Worte sprach, und heute. Wir freuen uns, daß der jetzige Reichsminister die positiv fördernde, staatsverhaltende Kraft erkannt hat, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung steckt. Mögen manche von ihm lernen.

Die ohnmächtigen 110. In einer Wahlbetrachtung in Nr. 5 (3. Febr.) der sozialdemokratischen „Holzarbeiter-Zeitung“ heißt es u. a.:

„So wie die Dinge liegen, dürfte es der sozialdemokratischen Fraktion, trotz der bedeutenden Verstärkung, die sie erhalten hat, noch recht schwer fallen, die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft zu beeinflussen.“

Vor den Wahlen hieß es allenthalben in der sozialdemokratischen Presse und in sozialdemokratischen Agitationskreisen, wenn die Sozialdemokratie verstärkt in den Reichstage einzöge, und wenn der schwarz-blaue Block zertrümmert würde, dann käme ein ganz anderes Prinzip in die Gesetzgebung, dann würden die Massen der Arbeiter mal zu ihrem Recht kommen. In vielen Arbeiterkreisen verbinden sich ja mit dem sozialdemokratischen Wahlsiege die hochgespanntesten Hoffnungen. Und nach den Wahlen? Da bittet die sozialdemokratische Presse in auffälliger Uebereinstimmung, daß man doch seine Erwartungen etwas mäßigen möge, es ginge nicht alles so schnell usw. Und die „Holzarbeiter-Zeitung“ pläht damit heraus, daß die 110 sozialdemokratischen Allermenschen im Reichstage für die Arbeiter — leider — nichts tun können.

Neuererscheinungen im Gewerkschaftsleben. Im Gewerkschaftsleben gibt es keinen Stillstand, die Entwicklung drängt stets voran, zu neuen und veränderten Formen. Für die christlichen Gewerkschaften ist es eine ernste Pflicht, die vorhandenen Strömungen zu verfolgen, sie sich nutzbar zu machen und früh genug den Gefahren entgegen zu wirken, die in dem ständigen Fluß der Dinge sich für sie ergeben. Auf einige Neuererscheinungen im Gewerkschaftsleben, die in den letzten Jahren zu beobachten waren, sei hier in gedrängter Kürze hingewiesen.

Zunächst ist eine Konzentration der Gewerkschaften, vornehmlich im sozialdemokratischen Lager, zu konstatieren. Die für einzelne Industrien vorhandenen Branchenverbände schließen sich zu Industrieverbänden zusammen. So im Holzgewerbe, im Baugewerbe, im Metallgewerbe u. a. Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband vereinigte seit dem Jahre 1900 mit sich die Verbände der Stodarbeiter, der Möbelpfleger, der Kistenmacher Berlins, dann die Holzarbeiter auf den Werften, dann den Vergolderverband, ferner den Maschinenarbeiterverband Berlins und endlich die Schirmmacher. Am 1. Jan. 1910 fand die Verschmelzung der beiden großen Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter statt. Der Metallarbeiterverband hat seit 1900 aufgenommen die Verbände der Former, Graveure und Ziseleure und die Werftarbeiter. Für die Verschmelzung

Die Zeit.

Lästert nicht die Zeit, die reine!
Schmäht ihr sie, so schmäht ihr euch!
Denn es ist die Zeit dem weißen,
Unbeschriebenen Blatte gleich;
Das Papier ist ohne Makel,
Doch die Schrift darauf seid ihr.
Wenn die Schrift nicht just erbaulich,
Nun, was kann das Blatt dafür?

A. Grün.

Die Baumwollspinnmaschine.

Nach der „Kölnischen Zeitung“.

Vor einem halben Jahre etwa las ich in einer Zeitschrift, daß die Ausbeutung des Baumwollbaums aus-
geschöpft erscheinen müsse, weil sie durch die Zahl der verfügbaren Hände zur Erntezeit bedingt sei. Eine Verweigerung der Ernte sei aber nicht nur nicht wünschenswert, sondern auch nicht möglich, weil der Reiger immer mehr den Städten zuströme und bequemern Verdiensten juche; die einzige Rettung liege in der Erfindung einer Maschine, die indes ebenfalls zu den Unmöglichkeiten gerechnet werden müsse, weil sie nicht, wie eine Mah-
maschine, einfach alles an sich nehmen dürfe, was ihr im Wege liegt, sondern weil sie unterscheiden müsse zwischen Grün und Dürr, zwischen Reis und Unkraut. Das klang einleuchtend, denn eine solche Maschine müßte tatsächlich mit menschlichem Verstande begabt sein, und zu solcher Verstandesleistung und Befehlsgebung eines toten Mechanismus vermochte sich selbst im Zeitalter des Fortschritts, der Röntgenstrahlen und der Uebermeerflüge bisher auch die vernünftigste Hoffnung nicht aufzudrängen.

Da las ich Ende Oktober in einem Lokalblattchen in Charlotte im Staate Nordcarolina, daß in der Nähe

eine Baumwollspinnmaschine im Betrieb zu sehen sei und daß man sich augenscheinlich vor ein Wunder gestellt sehe, wenn auch manche noch zweifelnd die Köpfe schüttelten. Am Nachmittage schon war ich draußen in dem Baumwollfelde, wo die wundervollste Maschine ihres Pflückeramtes wartete und bei den wenigen Umstehenden so etwas wie Stannbaderperre erzeugte. Man sah ein Automobil, das von einem Orte aus gesteuert wurde; hinter der Maschine schritten zwei Männer drein, die an zwei großen Körben zu beiden Seiten des Wagens beschaftert waren, die aus dem Innern herausbeförderte Baumwolle festzuhalten. Vor der Maschine stand die Staudenzeit in weißer Pracht, hinter ihr war fast kein einziges weißes Stückerl mehr zu sehen. Betrachtete man sich die abgeernteten Stauden näher, so fand man nicht die geringste Verletzung weder an den Stengeln, über die die Maschine gegangen war, noch an den grünen Blättern oder an den unreifen Kapiteln oder Bollen. Die Maschine hatte also tatsächlich zwischen reif und unreif unterschieden und hatte mit gesundem Menschenverstand das getan, was ihr zugemutet worden war, nichts weniger, aber auch nichts mehr! Wir standen vor einem Rätsel, dessen Lösung uns alsbald vermittelt wurde und das danach gar nichts Rätselhaftes mehr an sich hatte, sondern als das Einfachste und Selbstverständlichste von der Welt erschien. Ein besonders kluger hatte es auch sofort herausgefunden, noch ehe es ihm gesagt worden war; es konnte sich da nur um einen Gangvorkehr handeln, der die Baumwolle von der Staube wie ein Baumwollreiniger den Staub aus dem Teppich zieht. Er hatte sich trotz seiner großen Brillengläser geirrt, denn die Maschine jagt nicht, sondern sie greift, wischt und zieht, wie die menschliche Hand das auch tut. Und das ganze Geheimnis beruht in der Anpassung der Maschine an die Eigenart der Baumwollsafer. Wenn man nämlich mit einem Stückerl z. B. an dem einige Fäden sitzen, aber ein Blatt oder an dem Stengel entlang geht, so wird man vielleicht einige Verletzungen des Gewebes hinterlassen, aber man wird weder das Blatt anstoßen noch den Stengel aufbiegen können. Anders mit der Baumwolle. Sie verhält sich sofort und wickelt sich um den Stock und ist schließlich so fest, daß man die ganze Flocke aus der Kapfel ziehen kann. Auf

dieses Prinzip gründet sich die Anlage der Baumwollspinnmaschine.

An der Vorderseite ist zunächst ein schräggestelltes Eisen angebracht, das etwa handbreit vom Boden entfernt ist und das beim Vorwärtsgang der Maschine die Baumwollstaube nach vorne niederdrückt, so daß die Maschine darüber hinweggeht. Unmittelbar hinter diesem Eisen befinden sich zwei stehende Zylinder, die mit je vierhundert nach vorne verjüngten Stahlnadeln besetzt sind, jög. Fingern, und die 1500 Umdrehungen in der Minute machen; die Finger selbst sind etwa 25 cm lang, sind exzentrisch in die Zylinder eingesetzt und greifen teilweise ineinander über, so daß ein so engmaschiges Netz gebildet wird, daß ein unbemerktes Durchschlüpfen durch dieses Zahngehege unmöglich ist. Die niedergedrückte Baumwollstaube richtet sich im Innern der Zylindertrommel zum Teil wieder auf und ist nun den Angriffen der Nadeln völlig preisgegeben. Diese Nadeln sind an der einen Längsseite mit über fünfzig schrägen Zähnen ausgerüstet, in denen sich die vorstehenden Baumwollsafer fangen; beim Umdrehen der Nadeln wickelt sich dann die Baumwolle auf und wird schließlich aus der Kapfel gezogen. Nun handelt es sich aber weiter darum, die Baumwolle wieder von der Nadel wegzubekommen, was eigentlich recht schwierig erscheint von wegen der vielen scharfen Zähne. Aber dieser Schwierigkeit ist man mit sehr großem Scharfsinn dadurch begegnet, daß die Zähne nicht auf der Peripherie der Nadel aufliegen, sondern gewissermaßen in den Nadelkörper selbst hinein verlegt sind, so daß die Zähne die Safer nur ganz leicht berühren und diese nicht festhalten; eine sinnreiche, höchst einfache Abstreifvorrichtung in Form einer Bürste befördert die Flocke in den hintern Teil der Maschine, wo die Baumwolle durch einen Elevator in eine Reinigungsanlage getrieben wird, die sie von Staub und dünnen Blatt- und Kapfelschuppen säubert, worauf sie nach außen an zwei große Körbe abgegeben wird, deren Inhalt am Ende einer Furche in große Bögen entleert wird. Die abgeerntete Staube richtet sich hinter der Maschine wieder auf, ungebogen, ungeknickt, mit völlig gesunden Gliedmaßen und unverletztem Blatt- und Blütenstaub; nur das weiße Blies ist von ihr genommen.

mit ihm reif sind die Verbände der Feizer, Maschinisten, Schmiede und Kupfer Schmiede.

Diese Entwicklung zu großen Industrieverbänden ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Verschmelzungen aber geben den betr. Verbänden eine viel mächtigere Werbe- und Stützpunkt. Nicht der christlichen Arbeiter ist es demgegenüber, durch unermüdete Agitationsarbeit ihre Organisationen zu stärken.

In Verbindung mit dieser Entwicklung zu Industrieverbänden bekommt auch das Tarif- und Einigungswesen ein ganz anderes Gesicht. Das heutige System der gewerblichen Einigung und Arbeitsvermittlung ist von den Genossen rücksichtslos zu ihren Gunsten und zur Mahrregelung christlich organisierter Arbeiter mißbraucht worden. Es sei bloß auf die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe hingewiesen. Die Tarife selbst wachsen sich aus zu festen, dauernden Einrichtungen, die getragen werden von den beiderseitigen interessierten Organisationen, also zu Tarifabschlüssen von Organisation zu Organisation, und hinter diesen steht die Bestimmung über ausschließliche Beschäftigung von organisierten tariftreuen Arbeitern in tariftreuen Betrieben. So schließt sich der Ring um das ganze organisierte Gewerbe fester. In einigen Gewerben ist der Tarif ein Arbeitsmonopol nicht bloß für organisierte, sondern speziell für sozialdemokratisch organisierte Arbeiter. Sollen alle tariflichen Einrichtungen zu einem Monopol für sozialdemokratisch organisierte werden? Nein und abermals nein! Aber dem ist nur dann vorzubeugen, wenn die christlichen Gewerkschaften stark genug sind, um sich bei den Abschlüssen von Tarifgemeinschaften Geltung zu verschaffen.

Schließlich sei noch hingewiesen auf die Entwicklung der Organisation im Unternehmerlager der Großindustrie. Auch hier führt die Entwicklungslinie in schnellem Tempo aufwärts zur Zentralisation. Speziell in der Textilindustrie hat die Unternehmerorganisation in der Richtung große Fortschritte gemacht. Da muß unsere Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen von einer viel festeren und breiteren Grundlage ausgehen. Die Ausperrungen werden an Umfang ständig zunehmen. Andererseits sieht man aber auch die Unternehmer von ihrem alten absoluten Standpunkte immer mehr abweichen. Und wo sie noch an diesem überlebten Standpunkte festhalten, da werden sie auch noch gestürzt werden. Der Tarifgedanke ist auch in die Großindustrie eingedrungen. In der Textilindustrie gibt es schon zahlreich Tarifverträge, und auch in der Schwerindustrie werden sie theoretisch erstrebt. Man sieht ihre Verwirklichung kommen. Das ist ein bedeutender Fortschritt. Es ebnen sich immer mehr die Wege zu gemeinsamen Abmachungen über die Arbeitsbedingungen auch zwischen Arbeitern und Arbeitgebern der Großindustrie. Die nächste Zukunft wird lehren, daß die einseitigen Zwangsmassnahmen der Unternehmer, wie ihre Zwangsarbeitsnachweise und ähnliches, die Entwicklung nicht aufzuhalten vermögen.

In diesen wichtigen Zeiten bedeutender Kämpfe und Kämpfe darf kein christlicher Arbeiter eigenmächtig nur an sich denken. Er muß sich christlich organisieren und in den christlichen Gewerkschaften mit ganzem Können mitarbeiten.

Nicht drei, sondern fünf Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sind als Reichstagsabgeordnete geführt worden.

Und zwar ist gewählt worden im Wahlkreise Reichenbach-Neurode (Schlesien) der Genosse Kühn aus Langenbielau, im Wahlkreise Weimar-Appolda (Thüringen) der Genosse Baudert aus Appolda, in (Pfalz) der Genosse Jäckel-Berlin, in Löhau (Sachsen) Genosse Krüger und endlich Feldmann im Wahlkreise Strögan-Schweidnitz (Schlesien).

Berichtigend sei noch bemerkt, daß Genosse Baudert nicht Beamter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ist, wie in der vorigen Nummer irrtümlich mitgeteilt wurde.

Ein köstlicher Verteidigungsversuch. Unsere Notiz in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ unter dem Stichworte „Eine Herabsetzung der deutschen Textilindustrie und ihrer Arbeiter“ ist unseren Freunden im sozialdemokratischen Textilarbeiterlager sehr unangenehm bekommen. Flugs sind sie an der Arbeit, den begangenen Fehler wieder gut zu machen und zwar in einer ganz amüsanten Art und Weise.

Zuerst versucht im Kölner Sozialblättchen, benannt „Rheinische Zeitung“, ein Genosse aus Aachen das Kunststück, den Artikel des „Textilarbeiters“ zu rechtfertigen. Es ist wirklich nicht der Mühe wert, auf diese Schreibereien einzugehen, denn sie behandeln den Kern der Sache — auch nicht mit einer einzigen Silbe. Jedenfalls wird der Verfasser dieser sonderbaren „Verteidigung“ selbst der Auffassung sein, daß der von uns angegriffene Satz aus dem Artikel des „Textilarbeiters“ zum mindesten ein außerordentlich großer Fehler war, der sich nicht rechtfertigen läßt.

Geradezu köstlich ist es, wie sich der „Textilarbeiter“ selber aus der Schlinge zu ziehen versucht. Er selbst möchte für den Artikel wohl nicht verantwortlich gemacht werden. So gibt er den Verfasser preis, was sonst im Redaktionsgebrauche nicht üblich ist. Und da erzählt der „Textilarbeiter“ folgende ganz geheimnisvoll anmutende Geschichte:

„Um Weihnachten herum kam nämlich ein Mann auf unsere Redaktion, der sich als Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, des „Vorwärts“, der „Gleichheit“ und verschiedener anderer Blätter ausgab und sich anbot, für uns einen Artikel zu schreiben über die Wirkungen, welche die Eröffnung des Panamanals für die deutsche Textilindustrie voraussichtlich haben würde. Er nannte sich Franz Förster, wohnhaft in Sichtenberg bei Berlin, Magdalenenstraße 5. Empfohlen war

er uns als Mitarbeiter schon früher von dem Geschäftsführer der Berliner Filiale unseres Verbandes, Kollegen Grühl. Wir sagten ihm die Abnahme des Artikels zu, nachdem er uns seine Ansichten über die Sache in kurzen Worten auseinandergesetzt hatte. Später brachte er dann den Artikel, der von uns in Nr. 2 abgedruckt wurde; es ist der Artikel mit der Überschrift: „Ein oder Nichtsein der deutschen Textilindustrie“. Der Sinn des Artikels ist, daß nach der Eröffnung des Panamanals die amerikanische Konkurrenz der deutschen Ausfuhr nach den asiatischen und südamerikanischen Märkten viel zu schaffen machen würde, wenn unsere Zollpolitik nicht Bahnen einschläge, welche uns auf jenen Märkten konkurrenzfähig machen.“

Was diese Erzählung mit der Sache selbst zu tun hat, wollte uns nicht recht klar werden.

Der ganze Rechtfertigungsversuch des „Textilarbeiter“ hätte verbieten, gründlich ins Lächerliche gezogen zu werden. Wir wollen es aus bestimmten Gründen unterlassen. Einen Dienst hat aber die „Textilarbeiter“-Redaktion selber sich selbst noch dem geheimnisvollen Herrn Förster mit ihrer Notiz erwiesen.

Der „Textilarbeiter“ sagt, Herr Förster habe nur die Befürchtung aussprechen wollen, daß die deutsche Textilware immer mehr zur Kuliarbeit herabsinke. Den Lesern zuzumuten, das aus dem Artikel herauszulesen, ist wirklich „starker Tobal“. Wenn den die „Textilarbeiter“-Leser vertrauen können — na, uns solls egal sein.

Wir halten an unserer Lesart fest, und die — gelinde ausgedrückt — mehr als sonderbare Art der Rechtfertigung des „Textilarbeiters“ lehrt uns am besten, das wir das Richtige haben.

Arbeitsverhältnisse in den roten Domänen. In einem sozialdemokratischen Parteiblatt wurde kürzlich wieder die alte, abgestumpfte Waffe gegen die christlichen Gewerkschaften geschlagen, diese täten nichts für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder. Zum „Beweise“ wurde mal wieder wie so oft auf einige Textilbezirke verwiesen, wo unser Verband unter der organisierten Arbeiterschaft die Führung hat. Dieser Frechheit soll noch einmal entgegengetreten werden.

Gewiß, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter in den Bezirken lassen noch vieles zu wünschen übrig, aber nun daraus den Schluß herzuleiten, in den Bezirken des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes sei es besser, dort würde mehr für die Arbeiter getan, heißt denn doch die Tatsachen auf den Kopf stellen.

Dies fällt besonders in die Augen, wenn man die Erwerbsverhältnisse in den Domänen der christlichen Gewerkschaften (Rheinland-Westfalen) mit denen in sozialistischen Domänen (Sachsen-Thüringen) vergleicht. Es betrug nach den amtlichen Angaben der Textilberufsgenossenschaften der jährliche Durchschnittslohn eines

Textilarbeiters in Sachsen:

im Jahre	Mark
1905	758,52
1906	818,01
1907	721,70
1908	774,74
1909	760,51

in Rheinland-Westfalen:

1905	821,12
1906	852,—
1907	890,—
1908	889,44
1909	910,70

Noch krasser wird das Bild bei einem Vergleich der Verhältnisse in der Metallindustrie. Nach den amtlichen Ausweisen der Berufsgenossenschaften verdiente ein Metallarbeiter im Durchschnitt des Jahres 1908

in Sachsen-Thüringen . . .	1137 M.,
„ Rheinland-Westfalen . .	1462 „

Dabei ist zu bedenken, daß die Arbeitszeiten in Rheinland-Westfalen kürzer sind als in Sachsen. Neun- und neunehalbständige tägliche Arbeitszeiten sind in Westdeutschland keine Seltenheit, während z. B. in Grimmitzschau, wo der sozialdemokratische Textilarbeiterverband seine größte Ortsgruppe mit 4500 Mitgliedern besitzt, die Textilarbeiter noch immer über 10 Stunden pro Tag arbeiten müssen. Und so sieht es in vielen sozialdemokratischen Hochburgen aus.

Deutschland als „Dreier“ zum Schutzoll. Zu den kräftigsten Schlagern des „Textilarbeiters“ gegen unsere deutsche Wirtschaftspolitik gehört die Behauptung, Deutschland habe durch seine Schutzölle die anderen Staaten zur Einführung und Erhöhung ihrer Zölle veranlaßt. Das wird dann namentlich mit Bezug auf die Nordamerikanische Union gesagt. So schreibt er in seiner Nr. 51 v. J. u. a.:

„Wodurch ist denn gerade die sächsische Warenindustrie ruiniert worden? Nicht, wie die „Textilarbeiter-Zeitung“ in ihrer beispiellosen Unwissenheit glauben machen will, durch die Konkurrenz Amerikas, sondern durch die Lebensmittelmacherpolitik des Zentrums, der Konservativen und Nationalliberalen. Diese Parteien haben 1902 den Zolltarif geschaffen, in dem den Großgrundbesitzern zu Liebe die agrarischen Ausfuhrprodukte Amerikas vom deutschen Markte ferngehalten wurden und der Amerika veranlaßt, durch Einführung und Erhöhung von Zöllen auf deutsche Ausfuhrprodukte, als welche in der Hauptsache Textilwaren in Betracht kamen, eine Preissteigerung auf die deutsche Zollpolitik auszuüben.“

Entweder plappert der Schwäger im „Textilarbeiter“ ahnungslos die Redeführungen einiger freihändlerischen Schriftsteller und Politiker nach oder er behauptet wider besseres Wissen Dinge, die von A bis Z unzutreffend sind. Es zeugt von einer geradezu kindlichen Auffassung, zu sagen, ein Staat ließe sich bei seiner Zollgesetzgebung leiten von reinen Vergeltungsgedanken gegenüber anderen Staaten. Das ist Unsinn. Die Triebfedern in

der Wirtschaftspolitik eines Staates sind immer nationale und wirtschaftliche Erwägungen, die auf den Bedürfnissen des Landes fußen.

Das trifft vollends für Nordamerika zu, das von dem Zeitpunkte seiner eigenen Industriepolitik an hohe Schutzölle gehabt hat, um die ausländischen Waren vom heimischen Markt fernzuhalten. Amerika den Amerikanern, das ist der Grundsatz jeglicher Wirtschaftspolitik dort gewesen, und zwar einer brutal rücksichtslosen Wirtschaftspolitik, die sogar vor Vertragsbruch nicht Halt machte. Gerade die jüngsten handelspolitischen Vorgänge in Amerika zeigen das zur Genüge. Anscheinend hat der „Textilarbeiter“ diese Vorgänge gar nicht beachtet.

Der „Textilarbeiter“ begehrt mit seiner Behauptung eine dreifache geschichtliche Fälschung. Die schutzöllnerische Bewegung ist nicht von Deutschland ausgegangen. Deutschland ging zum Schutzoll über, als Frankreich, Desterreich, Rußland, Italien und Amerika längst mit Hilfe hoher Schutzollmauern die eigene Produktion vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen versuchten. Deutschland ging zum Schutzoll über, als es, um mit einem Sage der freihändlerischen Frankfurter Handelskammer zu reden, „auf einem Zolierschemel des Freihandels saß und erkannt hatte, daß es verhängnisvoll sei, gegen den allgemeinen Strom schwimmen zu wollen.“

Und was speziell Amerika anbelangt, so sei ein Zitat aus der Zeitschrift „Plutus“ angeführt (25. Febr. 1905), die der damals noch der sozialdemokratischen Partei angehörende Wirtschaftspolitiker Bernhard herausgibt. Da heißt es:

„Amerika ist, seitdem es überhaupt eine eigene Industrie besitzt, fast ununterbrochen schutzöllnerisch gewesen. Gerade in den Jahren, da in Deutschland und England der Freihandel üppig in die Salme schoß, bildete der Kriegslauf von 1864 die Grundlage für die Zollpolitik der Union. Und ungefähr um die Zeit der Vorbereitung von Caprivis Handelsverträgen (die die landwirtschaftlichen Zölle wesentlich heruntersetzten, D. N. d. L. Z.) votierte das Repräsentantenhaus mit 151 gegen 79 Stimmen den Mac Kinley-Tarif.“

Dieser Tarif brachte geradezu Wucherzölle, worunter namentlich die deutsche Textilindustrie außerordentlich litt. Und die Tarifreformen der Vereinigten Staaten brachten fortgesetzt neue Verschärfungen des Schutzölles, sowohl dem Freihandelsland England als dem schutzöllnerischen Deutschland gegenüber.

So liegen die Tatsachen, die der „Textilarbeiter“ entweder gar nicht kennt oder absichtlich verschweigt.

Würde Deutschland nach Lage der Dinge jetzt seine Schutzölle abschaffen, wie es der famose Wirtschaftspolitiker im „Textilarbeiter“ fordert, müßten für unsere Textilindustrie geradezu Glanzzeiten hereinbrechen. Die Forderungen des „Textilarbeiter“ laufen hinaus auf eine Vereinfachung der Arbeiter, speziell der in der Textilindustrie beschäftigten.

Vom neutralen Buchdruckerverband. Wie die übrigen „freien“ Gewerkschaften, so hat sich auch der Buchdruckerverband im letzten Wahlkampf als getreuer Wahlhelfer und eifriger Zutreiber der Sozialdemokratie erwiesen. Die Wahlartikel des Verbandsorgans („Korrespondent“) waren so „neutral“, daß sie der sozialdemokratischen Parteipresse des Abdrucks wert erschienen. Man lese nur, wie dieses angeblich neutrale Gewerkschaftsblatt in seiner Nr. 4, 1912 die Sammlungswahlparole der Regierung glossierte:

„Es ist also der alte Feiertag, nämlich alles hübsch beim alten zu lassen: die Kaffe- und der Schotjunker weiter mit reichlichem Futter aus der Staatskassette zu versehen und die Kosten dafür aus den Taschen des gemöhnlichen Volkes zu decken. Im übrigen ist auch diesmal nicht auf das abgewährte Mittel bei Reichstagswahlen verzichtet worden, den nationalen Heerbanm wider die jüdische Sozialdemokratie aufzubieten. Da es allgemein dahin gekommen ist, alles, was reaktionär, als national anzusehen, was aber nicht reaktionär, als sozialdemokratisch zu verstehen, so ermangelt die Situation in dieser Beziehung wohl am wenigsten der Klarheit.“

Das ist die von Bebel den Gewerkschaften angetratene Taktik, die Mitglieder zu Sozialdemokraten zu erziehen, ohne daß sie es merken. Aber der Buchdruckerverband tut mehr. Er stellt auch Gelder der sozialdemokratischen Wahlkasse zur Verfügung. Einmal indirekt, indem sozialdemokratische Ortsstellen, denen er angeschlossen ist, Gelder in den sozialdemokratischen Wahlfonds fließen lassen. So Frankfurt a. M. 2200 M., Dortmund 700 M., Essen 500 M., usw. Aber der Verband gibt auch direkt. So in Frankfurt 163 M., Mainz 60 M., Flensburg 100 M. Welche Summen im geheimen aus den Gewerkschaftskassen in den roten Wahlfonds geflossen, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis.

Trotz dieser offensichtlichen Betätigung im sozialdemokratischen Sinne wird der Buchdruckerverband weiter „Neutralität“ vorzuweisen und die Öffentlichkeit über seinen wahren Charakter zu täuschen suchen.

Der Streit bei der Margarinefabrik Gebr. Baum in Eberfeld ist nach siebenwöchiger Dauer mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Zwischen der Firma und den Organisationen der Arbeiter (christlicher Nahrungsmittelarbeiterverband und freier Fabrikarbeiterverband) wurde ein auf zwei Jahre besserer Tarifvertrag abgeschlossen. Danach beträgt der Einstellungslohn 24 M. und steigt jährlich um 1 M. pro Woche. Der Höchstlohn beträgt für Hilfsarbeiter 27 M. und für die übrigen Arbeiter 28 bezw. 30 M. pro Woche; für Sonntagsarbeit werden 100% Zuschlag bezahlt. Alljährlich erhalten die Arbeiter unter Fortbezug des Lohnes Ferien, und zwar je nach der Länge der Beschäftigungsdauer 2 bis 6 Tage. Di

Arbeitszeit wurde um 2 Stunden pro Woche verkürzt. Die streikenden Arbeiter werden wieder eingestellt. Der Boykott über die Firma ist aufgehoben.

Streiktravalle amerikanischer Textilarbeiter. In Amerika ist es in dem Orte Lawrence im Staate Massachusetts zu einem Streit unter den Baumwollspinnern gekommen, der zu rohen Gewalttätigkeiten und blutigen Erzeissen der Streikenden geführt hat. Es wurde Militär herbeigezogen, das mit gepflanztem Bajonett gegen die revoltierenden Streikenden vorging. Auf völlige Verhältnisse unter den amerikanischen Textilarbeitern lassen diese Vorkommnisse nicht schließen, und der Verfasser des Artikels in Nr. 2 des „Textilarbeiters“, der die amerikanische Textilindustrie gegenüber der deutschen so kräftig herauszustreichen für gut befand, sollte an diesen Vorkommnissen Lehre nehmen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in der amerikanischen Textilindustrie, namentlich der Südstaaten der Union, herzlich schlecht, Frauen- und Kinderarbeit wird in großem Umfange gebraucht. Der amerikanische Durchschnitts-Textilarbeiter unterscheidet sich von den Arbeitern der übrigen amerikanischen Großindustrie nicht gerade vorteilhaft. Daraus ist auch wohl die Tatsache zu erklären, daß der Textilarbeiter in Amerika verhältnismäßig schlecht organisiert ist und an gewerkschaftlichem Einfluß an den anderen Industriearbeiter längst nicht heranreicht.

Zum besseren Verständnis der jetzigen Streikvorgänge drucken wir eine Notiz des „Vorwärts“ ab, die eine nähere Schilderung der Verhältnisse enthält.

„Lawrence, die Stadt der Unruhen, ist ein elendes Fabrikort, in dem die Arbeiter fast nur aus Eingewanderten besteht, meist aus Italienern, dann aus Polen, Böhmern, Bulgaren, Türken, Griechen usw. Diese Leute müssen zu Löhnen arbeiten, für die kein amerikanischer Arbeiter zu haben ist. Der durchschnittliche Wochenlohn eines Arbeiters in der Textilindustrie beträgt 6,50 Dollar oder 27 Mark, ein Hungerlohn für amerikanische Verhältnisse. Vor einiger Zeit hat nun der Staat Massachusetts, zu dem die Stadt Lawrence gehört, ein Gesetz erlassen, welches die Arbeitszeit für Frauen und Kinder auf 54 Stunden pro Woche herabsetzt. Frauen- und Kinderarbeit herrscht nämlich in ausgedehntem Maße in der amerikanischen Textilindustrie. Durch dieses Gesetz, das durchaus notwendig war, wurde nun der geringe Verdienst der Arbeiter noch mehr geschmälert, denn es besteht fast überall die Altkorarbeit, und die Fabrikanten dachten gar nicht daran, die Löhne zu erhöhen. Die Schütterung der Arbeiter wurde ungeheuer; sie erklärten den Streit, als ihnen die verlangte Lohn-erhöhung von 15 Prozent nicht bewilligt wurde.

Der Streit ist aussichtslos; diese Masse von bunt zusammengewürfelten Arbeitern aus aller Herren Länder, ohne Mittel, ohne Organisation, kann keinen Streit gewinnen, um so weniger, als es an Streikbrechern durch anwiesende, neue Einwanderer nicht fehlt, die in Massen nach den Fabriken der Textilindustrie ziehen. Deutsche Arbeiter müssen vor diesen Fabrikskandalen gewarnt werden. Die Einwanderer sind dort fast rechtlos und werden oft unmenschlich behandelt. Ein Polizeirichter in Lawrence hat in einer Sitzung 23 Arbeiter wegen Streikvergehen verurteilt, 21 zu je einem Jahre, die anderen zu zwei Jahren Gefängnis. Rücksichtslos werden die Arbeiter ausgebeutet, brutal behandelt, verachtet und getreten, und sie haben keine Mittel zum Widerstand, sind getrennt durch die nationalen Verschiedenheiten, kennen die englische Sprache nicht, amerikanische Sitten und Gebräuche nicht; sie leben und verkommen in Elend.

In einem Bericht, den eine Kommission dem Kongress kürzlich erstattete, wurde konstatiert, daß die Arbeiter in den Wollfabriken des Landes minderwertig sei gegenüber den Fabriken in Europa. Die Wollindustrie ist dadurch nicht recht konkurrenzfähig und verlangt sehr hohe Zölle zum Schutze. Die Ursache liegt aber in der geschloßenen Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter und der wilden Profitgier der Unternehmer.

So der Vorwärts-Bericht. Die Textilarbeiter Deutschlands hat zwar auch keine Rosen zu pflücken, aber mit diesen armen amerikanischen Kollegen braucht sie denn doch noch nicht zu tauschen.

Aus unserer Industrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Dezember 1911

Wie in der Januar-Ausgabe des Reichsarbeitsblattes also gezeichnet:

Der Beschäftigungsgrad in den Baumwollspinnereien wird von den jährlich vorliegenden Berichten recht verchieden beurteilt. Aus Rheinland-Westfalen wird berichtet, daß die Beschäftigung gut war, da Baumwoll- und Garpreise im Dezember ziemlich unverändert blieben. Die Spinner brauchen nicht mehr mit Verlust zu arbeiten, sondern konnten annähernd ihre Selbstkosten decken. Die Verkäufe blieben wesentlich hinter denen des Vormonats zurück, doch waren die Anlagen gut, so daß die Garmlager eine kleine Abnahme erlitten. Auch aus Sachsen wird eine hinreichende Beschäftigung gemeldet; es machte sich hier eine Verlangsamung des Abganges bemerkbar. Die große Ausperrung der englischen Spinnerei- und Webereiarbeiter und die teilweise Schließung der Spinnereien veranlaßten in den letzten Tagen des Jahres einen Rückgang der Baumwollpreise. Auch aus Schlesien wird berichtet, daß die Beschäftigung sich ziemlich befriedigend gehalten habe, da nach der langen Zurückhaltung des

Weberbedarfs der Abbruch größer ist. Recht ungünstig sprechen sich dagegen die Berichte aus Elßaß-Lothringen und zum Teil diejenigen aus Süddeutschland und Hannover aus. In Rheinland und Westfalen, sowie in Süddeutschland machte sich Mangel an jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften bemerkbar.

In den Baumwollbuntwebereien war der Geschäftsgang nach Berichten aus Schlesien, wie immer im Dezember, überaus schleppend. In diesem Jahre kommt noch hinzu, daß die Kundschaft, durch übertriebene Nachrichten über den Umfang der Baumwollernte beeinflusst, niedrigere Preise abwarten will, obgleich auch die gegenwärtigen Preise durchaus unzulänglich sind. Verkürzungen der Arbeitszeit haben mehrfach stattgefunden.

In Möbelfachen und Portieren war der Geschäftsgang nach einem Berichte des Vereins zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten von Chemnitz und Umgegend ebenso wie im Vormonate gut und besser als im Vorjahre.

In halbwollenen Futterstoffen war die Beschäftigung nach Mitteilungen der Allgemeinen deutschen Jannella-Konvention schlecht und schlechter als im Vorjahr und im Vormonate. Der Rückgang ist auf die große Zurückhaltung des Verbrauchs zurückzuführen; ziemlich allgemein haben Verkürzungen der Arbeitszeit und Einschränkung der Herstellung stattgefunden.

Die sächsische Wigognepinnerei hatte wie im Vormonate gut zu tun und zeigte gegenüber dem Vorjahre eine Besserung.

Die Kammgarnspinnerei war im allgemeinen nur mangelhaft beschäftigt.

Die schleifische Wollwarenfabrikation zeigte nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller im allgemeinen gegenüber dem Vormonate keine Veränderungen.

In Fantasiemollwaren war die Beschäftigung noch zufriedenstellend, doch war das Geschäft infolge der milden Witterung nicht so rege wie im Dezember des Vorjahres.

In wollenen Damenkleiderstoffen war der Geschäftsgang nach Mitteilungen des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien im Dezember etwas lebhafter als im Vormonate; die Wintermonate pflegen stets eine zunehmende Beschäftigung zu bringen.

Die Lage der Tuchfabrikation wird wieder recht verchieden beurteilt. Der Verband schlesischer Textilindustrieller bezeichnet den Geschäftsgang als recht unbefriedigend und schlechter als im Vorjahre; andere Berichte aus Sagan sprechen sich ebenso aus. Dagegen lauten Mitteilungen aus Cottbus, Suckowwalde, Guben und Spremberg günstiger; zum Teil mußte hier an der Fertigstellung der Wintermäntel unter Zuhilfenahme von Ueberständen gearbeitet werden. Der Geschäftsgang in den westlichen Tuchfabriken während der letzten drei Monate war im allgemeinen noch ungünstig. Mit seltener Fähigkeit hielt die Cheviotmode, die nur wenigen Fabriken Beschäftigung brachte, an; für viele andere Betriebe war das Geschäft schleppend, und nur mit größter Anstrengung konnten Aufträge eingebracht werden. Vereinzelt wird berichtet, daß sogar eine Verschlechterung der Geschäftslage gegen die vorhergehenden Monate stattgefunden habe. Dagegen waren immerhin andere bedeutende Fabriken voll beschäftigt und konnten Arbeit an Lohnwebereien abgeben. Die Anzahl der zurzeit beschäftigten Arbeiter ist nicht unwesentlich geringer als im Vorjahre. Das jetzt zur Neige gegangene Jahr dürfte das ungünstigste gewesen sein, das seit langen Jahren die westdeutsche Tuchindustrie zu verzeichnen hatte. Wohl noch nie in früherer Zeit sind so viele von außen kommende ungünstige Einflüsse in der Tuchindustrie zusammengekommen, wie gerade in diesem Jahre; neben den hohen Wollpreisen sind es die allgemeine Rezession und die langandauernde ungünstige Moderation, die heute noch den Geschäftsgang beeinträchtigen. Vom kommenden Frühjahr darf erhofft werden, daß es, wie immer um diese Zeit zu beobachten gewesen ist, eine gewisse Belebung des Arbeitsmarktes bringen wird.

In der schleifischen Seinenfabrikation ist das Warengeschäft wesentlich lebhafter geworden. Der künstlich zurückgehaltene Bedarf macht sich endlich geltend. Dagegen ist das Garngeschäft noch still, da das Weichen der Baumwollgarnpreise die Verbraucher auch eine Herabsetzung der Seinenpreise erwarten ließ, während auf der anderen Seite die Spinner sich zu irgend welchen Preisherabsetzungen wegen der hohen Rohmaterialpreise nur sehr ungern entschließen.

In der Preisfelder Samtindustrie war der Geschäftsgang schwächer als bisher, so daß die Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt wurde; in Samtband blieb die Beschäftigung nach wie vor unbefriedigend, dagegen war sie in Seidenstoffen wie in den Vormonaten gut.

In wollenen und baumwollenen Strickgarnen war die Beschäftigung gering und schlechter als im Vormonate. Für Wollgarn ist der Rückgang hauptsächlich auf die ungünstige Witterung und auf die unklaren Verhältnisse am Rohwollmarkt zurückzuführen.

Die Strickwarenfabrikation war nach der Mehrzahl der Berichte befriedigend beschäftigt; es machte sich auch hier ein Rückgang infolge der ungewöhnlich milden Witterung bemerkbar. Einige andere Berichte sprechen sich ungünstiger aus. In Shawls und Tüchern war der Geschäftsgang ruhig, besser als Vormonat, aber schlechter als im Vorjahre.

Die württembergische Trikotwarenfabrikation hatte wie in den Vormonaten gut zu tun.

Die Strickerei- und Spitzenindustrie war nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Strickerei- und Spitzenindustrie wie in den Vormonaten gut beschäftigt.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken hatten weiter gut zu tun und zeigten gegen den Vormonat keine Veränderung.

Die Koffhaarpinnereien waren nach Mitteilungen des Verbandes deutscher Koffhaarpinner wie im Vorjahre gut beschäftigt, doch machte sich gegen den Vormonat ein Rückgang bemerkbar.

Die Stoffdruckereien waren nach einem Berichte des Syndikats elßassischer Rattendrucker wie in den Vormonaten und im Vorjahre ziemlich gut beschäftigt. Die Wollfärbereien hatten gut zu tun und arbeiteten zum Teil mit Ueberstunden, die Kammgarnfärbereien jedoch nur schwach. Die Türkischrotgarnfärbereien waren wie in den Vormonaten gut beschäftigt.

Aus der Textilindustrie berichten 456 Betriebskrankenkassen mit 94799 männlichen und 110290 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Dezember ergab sich am 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (+ 113 männliche, — 465 weibliche).

Der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie im Jahre 1911.

In der Textilindustrie hat die ungünstige Lage der Baumwollspinnereien sich auch im Berichtsjahre fortgesetzt; die Beschäftigung war mit Ausnahme einiger weniger süddeutschen Spinnereien schlecht, so daß teilweise Spinneln stillstehen mußten. Die starken Preisschwankungen des Rohstoffs trugen viel zur Beunruhigung des Geschäftsganges bei. Erst gegen Ende des Jahres trat eine Erholung ein, so daß die Mehrzahl der Dezemberberichte günstiger lauten. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der nachstehenden Uebersicht, welche die Veränderungen des Mitgliederbestandes der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Betriebskrankenkassen der Textilindustrie (rund 460 Kassen mit insgesamt rund 204 000 Mitgliedern, darunter rund 109 000 weiblichen) in den beiden Jahren 1910 und 1911 einander gegenüberstellt, wieder:

Monat	1910		1911	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Januar	+ 336	+ 1858	— 294	+ 1013
Februar	— 660	— 1010	— 477	— 22
März	— 593	— 263	— 1793	— 812
April	+ 418	+ 844	— 461	+ 404
Mai	— 432	+ 12	+ 127	+ 488
Juni	— 211	— 976	— 622	— 213
Juli	— 294	— 307	— 405	— 1369
August	— 699	— 456	— 99	— 449
September	+ 619	— 41	+ 398	— 750
Oktober	+ 623	+ 1167	+ 858	+ 1649
November	+ 993	+ 862	+ 1361	+ 1420
Dezember	— 91	— 1599	+ 113	— 465

Bei den männlichen und weiblichen Arbeitern haben dabei, wie im Vorjahre, sieben Monate einen Rückgang aufzuweisen. Die Zunahme im letzten Vierteljahr ist bei beiden Mitgliederarten erheblich.

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Altaus. In unserer Generalversammlung warf Kollege Beyer einen Rückblick auf das vergangene Jahr und kam zu dem Resultat, daß der Vorstand es an Arbeit nicht haben fehlen lassen, wie dies aus dem Geschäftsbericht hervorgehe. Nach dem Tätigkeitsbericht haben im vergangenen Jahre stattgefunden: 9 Mitglieder-, 2 öffentliche und 7 Fabrik-Versammlungen, 15 Vorstandssitzungen, 7 Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen, 1 Lohnbewegung, woran 115 unserer Mitglieder beteiligt waren mit einem teilweisen Erfolg. An fast sämtlichen Versammlungen und Sitzungen hat Kollege Beyer teilgenommen. Daß bei dieser Lohnbewegung nicht mehr erreicht werden konnte, lag nicht an der Leitung, sondern an der großen Zahl der Unorganisierten.

Der Kassenbericht, welcher vom Kassierer erstattet wurde, ergab folgendes: Gesamteinnahme im verfloßenen Jahre 4319,70 M., an die Zentralkasse wurden abgeliefert 3242,61. An Krankenunterstützung wurde 399,15 M. und Sterbeunterstützung 30 M. ausbezahlt. Der Ortsgruppenkassenbestand beträgt 264,50 M.

An Stelle der ausscheidenden Mitglieder Karl Gerhards und Peter v. Dyl, welche eine Wiederwahl ablehnten, wurden in den Vorstand gewählt als erster Vorsitzender Matthias Buscher, zweiter Vorsitzender Otto Bichot, Kollege Könnig und Kollegin Richter wurden wiedergewählt.

Die Vertrauensleute erklärten sich sämtlich bereit, ihr Amt weiterzuführen. Als Kartelldelegierte wurde Kollege S. Giebels neu, die übrigen Kollegen wiedergewählt. Kollege Beyer sprach allen den Dank aus für ihre bisherige Tätigkeit und forderte zu eifriger Agitation auf, denn nur dann, wenn alle von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens durchdrungen seien, sei es möglich, Erfolge zu erzielen. Der Vorstand und die Vertrauensmänner allein könnten dies nicht. — Noch ein Wort an diejenigen, welche „keine Zeit“ haben, unsere Versammlungen zu besuchen. Die Versammlungen sind für alle Kollegen und Kolleginnen da, also auch für Euch! Belehrung und Aufklärung haben wir alle notwendig. Es ist auch für den Vorstand und Referenten gerade nicht ermutigend, wenn die Versammlung für leere Stühle und Tische abgehalten werden soll; darum darf in Zukunft keiner mehr fehlen, wenn es heißt, zur Versammlung. Wenn alle Hand in Hand arbeiten, sich gegenseitig unterstützen und Vertrauen zu einander haben, dann wird der Verband auch in Altaus bessere Verhältnisse schaffen können, aber auch nur dann! Notwendig wäre es wohl.

Wocholt. Jahresbericht. Reges Leben herrscht zur Zeit in unserer Ortsgruppe. Mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage in der Baumwollindustrie, welche in Wocholt sehr stark vertreten ist, hat auch das Gewerkschaftsleben einen Aufschwung genommen.

Trotz der schlechten Konjunktur im vergangenen Jahre konnten für unsere Mitglieder noch manche materiellen Vorteile erreicht werden. In einigen Betrieben gelang es, direkte Lohnerhöhungen durchzuführen. Leider konnte bei der Firma Braunschweig eine notwendige Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht erzielt werden, weil die Belegschaft des Betriebes es an der notwendigen Solidarität und Opfer-

willigkeit fehlen ließ. Aus dem Geschäftsbericht, der am 21. Januar in der Generalversammlung gegeben wurde, führen wir an, daß der Ortsgruppenvorstand besonders darauf bedacht gewesen ist, die Mitglieder zu schulen. Im ganzen haben 19 Vorstandssitzungen, 6 gemeinsame Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen, 6 Vertrauensmännerversammlungen, 24 Revier- und Agitationsversammlungen, 9 Mitglieder- und 4 Arbeiterinnenversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen und 4 gemeinsame mit dem christlichen Gewerkschaftsrat und 48 Fabrikversammlungen stattgefunden. Im vergangenen Jahre wurden auch verschiedene soziale Wahlen getätigt, wobei die christliche Arbeiterbewegung gut abgeschnitten hat. Weil in der Gewerkschaftsbewegung der Erfolg viel von guten, geschulten Mitgliedern abhängt, so hat unsere Ortsgruppe einen Unterrichtskursus (Solidarität genannt) ins Leben gerufen, woran sich an 30 Unterrichtsstunden durchschnittlich 32 Kollegen und Kolleginnen beteiligt haben.

Als im vergangenen Sommer die Teuerung eintrat, haben Gewerkschaft und Arbeiterverein gemeinsam eine Eingabe an die hiesige Stadterwaltung gemacht, die von Erfolg begleitet war. Das Verhältnis zwischen Arbeiterverein und Gewerkschaft ist ein gutes, wir werden nicht unterlassen, unsere Mitglieder stets zur Teilnahme an den ersten Vereinsveranstaltungen anzufragen. Die Klassenverhältnisse zeigen uns, daß ca. 2175 Mitgl. den Mitgliedern direkt an Unterstützungen wieder zugute gekommen sind. Was die Mitgliederzahl anbelangt, so können wir feststellen, daß die wirkliche Zahl um einige Hundert gestiegen ist. Möge unsere Ortsgruppe auch in diesem Jahre unter treuem Hand-in-Hand arbeiten von Leitung und Mitgliedern weiter wachsen und gedeihen.

Wocholt. Seit langer Zeit zum ersten Male haben wir am 21. Jan. den früher hier ansässigen Kollegen Camps, unseren alten Bezirksleiter, wieder in einer unserer Versammlungen. Nach Tätigung der Vorstandssitzung, Revier- und Kartelldelegiertenwahlen, welche eine Wiederwahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder zeitigten, hielt er, lebhaft von der Versammlung begrüßt, einen Vortrag unter Zugrundelegung der Frage: „Wo stehen wir in der Gewerkschaftsbewegung?“. Kollege Camps zeichnete in kurzen, scharfen Umrissen den Stand und die Entwicklung der einzelnen Berufsorganisationen in Deutschland und zeigte daran besonders, welche Interessen für die christlich-nationalen Arbeiter auf dem Spiele stehen. Besonders interessant gestaltete sich der Vortrag dadurch, daß Kollege Camps manche alte Erinnerung aus seiner früheren Tätigkeit wieder aufweckte. Hinsichtlich der Verhältnisse im nördlichen Münsterlande betonte er, daß im Gegensatz zu dort, die Wocholter Arbeiterbewegung durchweg eine lokalere Stellung gegenüber der Organisation einnehmen; insbesondere, soweit die grundsätzliche Anerkennung der Organisation in Frage käme.

Mit einem lebhaften Appell an die Versammelten zur zielbewußten Weiterarbeit schloß Redner unter lebhaftem Beifall. Der Vorsitzende dankte dem Referenten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Ausführungen ganz besonders dazu beitragen dürften, daß die Mitglieder mit neuem Eifer und Hingabe für die gute Sache arbeiteten.

Euskirchen. Der Mitgliederbestand unserer Zählstelle betrug zu Anfang des Jahres 240 männliche, 16 weibliche Mitglieder und einen Abonementen. Augenblicklicher Bestand 215 männliche, 15 weibliche Mitglieder. Gestorben ist ein Kollege. Das Beitragswesen kann als befriedigend bezeichnet werden. Die Gesamteinnahmen betrugen 4611,60 M. An die Zentralkasse abgeführt 2450 M.; Krankenunterstützung 702,25 M.; Arbeitslosenunterstützung 777,30, davon im letzten Quartal allein 370,70 M.; Reiseunterstützung 28,48 M.; Sterbegeld 20 M.; Streikunterstützung 42,30 M. Der Kassenbestand unserer Ortsgruppe betrug Ende 1910: 276,95 M., 1911: 455,77 M. Die Tätigkeit in der Ortsgruppe erstreckt sich im Berichtsjahr auf 22 Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen. 2 Konferenzen fanden in Anwesenheit des Bezirksleiters Ernst Weber statt, Fabrikbesprechungen fanden 27 statt. 9 Mitglieder und 2 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten, von den letzteren eine in Kuchenheim und eine hier am Orte.

Greven. Wenn in einer Ortsgruppe das ganze Jahr hindurch redlich gearbeitet worden ist, dann herrscht auch ein guter Geist unter den Mitgliedern und es ist leicht, sie von dieser oder jener Neueinrichtung zu überzeugen, selbst, wenn sie große Opfer erfordert. In unserer Generalversammlung kam diese Wahrheit zutage. Zunächst wollen wir einige Ziffern aus dem Kassenberichte vom 4. Quartal angeben. An Beitragsmarken wurden im 4. Quartal abgesetzt 65 zu 70 Pf., 39 zu 60, 884 zu 50, 1671 zu 40, 1091 zu 30, 365 zu 20, 218 zu 10 und 12 zu 30 Pf. für Invaliden, und 11 zu 30 Pf. für den Eintritt. Das ergibt eine Einnahme von 167,80 M. An Krankenunterstützungen wurden ausbezahlt: 13270 M. Die Einnahme des ganzen Jahres betrug 6771,40 M. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: a) für Kranke 544,10 M., b) für Arbeitslose 570,55 M., c) für Sterbefälle 0 M. und als Reiseunterstützung 0,45 M. Nachdem dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt worden war, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht vom vergangenen Jahre. Nach ihm fanden in diesem Zeitraum statt: 11 Vorstandssitzungen, 13 Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen, 17 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen. Außerdem wurde in 6 Fabrikbesprechungen die Lage der Arbeiter in den einzelnen Betrieben besprochen. Mit Recht konstatierte der Vorsitzende, daß im vergangenen Jahre innerhalb der Ortsgruppe ein reges Leben geherrscht habe. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorsitzende fast einstimmig wiedergewählt. Von den 3 auscheidenden Vorstandsmitgliedern wurde eins wieder- und zwei neugewählt. Hierauf hielt Kollege Otto Wocholt einen Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder. Ohne Rechte und Pflichten, so führte Redner aus, sei ein harmonisches Zusammenleben vieler Menschen unmöglich. Ebenso sei es auch in der Organisation. Wenn das hohe Ziel, das die Organisation sich gesteckt habe, erreicht werden solle, sei Voraussetzung, daß die Mitglieder eine lebendige Auffassung über Rechte und Pflichten haben. Viele Rechte und Pflichten seien ja durch das Statut festgelegt. Aber neben diesen, durch das Statut festgelegten, gebe es auch noch viele moralische Pflichten. An erster Stelle sei hier zu nennen die Pflicht der Mitarbeit. Auch sei es notwendig, mit der Zeit fortzuschreiten und durch eine intensive Schulung immer tiefer in die Ziele der Arbeiterbewegung einzudringen. Treue Pflichterfüllung bei der Arbeit, meinte Redner, sei selbstverständlich und eine Pflicht der Selbstachtung. Eine weitere Pflicht der Mitglieder sei die Opferbereitschaft. Gerade die Opferbereitschaft sei der beste Gradmesser für das rechte Pflichtbewußtsein der Mitglieder. Zum Schluß seiner Ausführungen rügte Redner noch scharf das Vorgehen einzelner Mitglieder bei der Reichstagswahl. Daß die Worte des Redners geäußert hatten, bewies die nun folgende Abstimmung über die Einführung eines Sozialbeitrages. Mit überwiegender Mehrheit wurde be-

schlossen, vom 1. April an auch für die hiesige Ortsgruppe einen Sozialbeitrag einzuführen. Mit Dankesworten an den Redner und mit einem warmen Appell an die Mitglieder, auch in diesem Jahre kräftig an dem weiteren Wachsen und Gedeihen der Ortsgruppe mitzuwirken, schloß der Vorsitzende sodann die interessante Versammlung.

Gronau. Man schreibt uns: „Dies Kind! Kein Engel ist so rein“, wie der Geschäftsführer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes Genosse Mathies in Gronau, so sollte man fast glauben, wenn man den Artikel in Nr. 3 des sozialdemokratischen Organs, „Der Textilarbeiter“ liest, worin über den Ausgang eines Prozesses Mathies contra Sparenberg berichtet wird. — In einer Versammlung zu Lohrvelde (Holland) am 21. April vorigen Jahres, einberufen vom christlichen Textilarbeiterverband, erging Genosse Mathies sich in der Diskussion in völlig unmotivierten Verdächtigungen und Angriffen auf den christlichen Textilarbeiterverband. Ueber Schreihelm brachte er die unhaltbarsten Anschuldigungen vor. Sodann lästete er den Schleier von dem Neutralitätsbündel der „freien“ Gewerkschaften: „Ich nenne mich“, so führte Genosse Mathies mit Paros aus, „ich nenne mich mit Stolz Sozialdemokrat und betrachte es als meine vornehmste Aufgabe, die Gronauer Arbeiterbewegung dem Sozialismus zuzuführen“, u.s. Die Diskussionsrede war so gehässiger Art, daß man es wohl verstehen konnte, wenn Kollege Beyer dem „Gronauer“ einen kleinen Dämpfer aufsetzte. Er verlas den Bericht des „Hann.-Courier“, worin über einen Termin des Kaufmannsgerichtes Hannover-Linden berichtet wurde, in welchem ausdrücklich festgestellt wird, daß Genosse Mathies als Lagerhalter des Haushaltungsvereins Linde in vier Wochen 666 M. Besitz gehabt und infolgedessen unter Einbehaltung der Ration entlassen wurde. Den Genossen, und hauptsächlich Mathies, welche schon während der Referate der christlichen Beamten ununterbrochen Radau gemacht hatten, war die vorgelesene Notiz höchst unangenehm. Genosse Mathies verlangte nun nichts weniger als zum zweiten Male unbeschränkte Redezeit, obwohl er ganz genau wußte, daß um 11 Uhr Polizeistunde war. Diefem Verlangen konnte der Vorsitzende der Versammlung, welcher auch sehr wohl die Absicht der Genossen, das Schlusswort der christlichen Beamten zu vereiteln, abnte, unmöglich nachgeben. Umfomehr nicht, als es doch genügend bekannt ist, daß die christlichen Redner in „roten Domänen“ in punkto „Redefreiheit“ geradezu vergewaltigt werden. Ist es doch schon sehr oft vorgekommen, daß es den christlichen Rednern, trotzdem sie von den Genossen in der gemeinsamen Art und Weise angegriffen wurden, unmöglich gemacht wurde, auch nur einen Ton zu ihrer und der Verteidigung des christlichen Textilarbeiterverbandes zu sprechen. Ein echtes Muster sozialdemokratischer Freiheit. Genosse Mathies weiß auch sehr gut, daß seine und auch die angebliche Empörung seiner Genossen künftlicher Natur waren, unternommen zu dem Zwecke, die christliche Versammlung zu föhren und zu sprengen. In diesem kritischen Moment betrat Kollege Sparenberg (welcher ursprünglich als Referent vorgesehen war, aber umständlicher nicht zeitig erscheinen konnte) den Saal. Die Genossen, auf die das Erscheinen des Kollegen S. anscheinend wirkte wie das rote Tuch auf den Stier, empfingen denselben mit lärmenden Zurufen: Du bist der Schöne, der Stille usw. Kollege S. kümmerte sich um die fleißigsten Anpöbelungen nicht, sondern nahm ruhig am Vorstandssitzung Platz. Hier wurden ihm die Aeußerungen des Genossen M. betr. Schreihelm und sein Bekenntnis zum Sozialismus mitgeteilt. Auf Wunsch des Vorstandes übernahm Kollege Sparenberg es, die Ausführungen des Genossen Mathies richtig zu stellen. Er stellte zunächst fest, daß in Schreihelm die im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande organisierten Arbeiter den im Streite stehenden Christlichen in den Rücken gefallen seien und Streikbruch verübt hätten. Dann aber habe auch der sozialdemokratische Verband schon nachweislich zu verschiedenen Malen Geld ausgeben müssen zum Abschließen von Arbeitswilligen, u. a. noch zu Anfang des Jahres 1910 bei dem Streik in Eilenriede. Solches müsse jede Streikleitung, wenn sich zugereifte Arbeitswillige einstellen sollten. Dann wies Kollege Sparenberg auf die Zweifelsentheorie der sozialdemokratischen Gewerkschaften hin — Neutral! — wenn es gilt christliche Arbeiter einzufangen. Sozialdemokratisch in der Praxis, eine Taktik, welche Genosse Mathies in seinen Ausführungen wohl wider seinen Willen verraten hatte. Aber aber, es kann auch möglich sein, daß Genosse Mathies durch die Ausführungen der christlichen Redner so in die Enge getrieben wurde, daß er wohl oder übel Farbe bekennen mußte. (Den Schlußteil dieser Zuspätschreiben bringen wir in der nächsten Nummer. D. R.)

Sothenkirch. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 21. Jan. ihre Generalversammlung ab. Dieselbe nahm den Jahresbericht des Vorstandes entgegen und tätigte die erforderlichen Wahlen. Als Referent hatte sich Herr Königen in den Dienst unserer Sache gestellt, welcher einen feisenden Vortrag hielt. Der Vorsitzende dankte zum Schluß für den schönen Vortrag sowie für den zahlreichen Besuch; ganz besonders den in stattlicher Zahl erschienenen Kollegen von Wank.

Lohne (Oldenburg). Unsere diesjährige Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Nach der Rechnungsbilanz wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Diefelbe ergab, daß wir im vergangenen Jahre im Punkte Unterstützung durch unsern Verband sehr viel getan haben. Aus der Wahl gingen hervor: Kollege Giller als Vorsitzender, Kollege Freude als Kassierer und Kollege Kühling als Schriftführer. Als Vertrauensmänner wurden gewählt Kollege Nordlohe und Lange. Möge das neue, eben angefangene Jahr zu einem segensreichen für unsere Bewegung werden.

Mühlhausen i. G. Es scheint wieder neues Leben und frisch-fröhliche Begeisterung in den Reihen unserer Mitglieder Platz greifen zu wollen. Wenigstens ließ der gute Besuch unserer Generalversammlung darauf schließen. Hoffen wir, daß dies nicht nur ein momentanes Aufblühen, sondern die Morgenröte einer besseren Zukunft unserer christlichen Textilarbeiterbewegung hier am Orte sei.

Die Versammlung nahm, da durch den guten Besuch die richtige Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit im voraus schon da war, einen äußerst anregenden Verlauf. Sämtliche auscheidenden Vorstandsmitglieder wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die gleich große Mehrheit erzielte als neu hinzutretendes Mitglied Kollege L. Briffinger.

Hierauf erstattete der Kollege Simone den Kassenbericht vom 4. Quartal 1911. Danach betrugen die Einnahmen unserer Ortsgruppe an Beiträgen 3033,60 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: 682,04 M., davon entfielen auf Krankenunterstützung 455,85 M., Sterbegeld 80 M., Arbeitslosenunterstützung 16 M. und Reiseunterstützung 0,19 M. Berücksichtigen wir dabei die Zahlen des ganzen Jahres 1911, so ergibt sich folgendes Bild: Gesamteinnahme an Beiträgen 12612,80 M., an Unterstützungen wurden im Laufe des Jahres gezahlt: Krankenunterstützung 2037,20 M., Sterbeunterstützung 370 M., Arbeitslosenunterstützung 145,05. Zu be-

rücksichtigen ist bei dieser Unterstützungsart, daß unsere Mitglieder außer der von unserem Verbande gezahlten Unterstützung noch einen Zuschuß von der Stadt bekommen; und zwar für Ledige 70% der von uns gezahlten Unterstützung und Verheiratete 80%. Auch haben unsere Mitglieder weit mehr Aussicht bald wieder in Arbeit zu kommen, als die Unorganisierten, da der städtische Arbeitsnachweis natürlich in erster Linie für jene sorgt, für die seitens der Stadt Unterstützung gezahlt werden muß. Schon das ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil der Organisation. An sonstigen Unterstützungen wurden dann noch ausbezahlt 245,96 M. Davon ist der weitaus größte Teil Streikunterstützung. Zusammengerechnet macht dies die Summe von 2798,2 M.

Wenn wir uns diese an unsere Mitglieder ausbezahlte Unterstützungssumme klar vor Augen führen, müssen wir gestehen, daß schon das ein bedeutender Vorteil der gewerkschaftlichen Organisation ist, ganz abgesehen davon, daß dies nur nebensächliche Dinge sind. Hauptzweck der gewerkschaftlichen Organisation bleibt eben die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf diesem Gebiete konnte leider, wie aus dem vom Kollegen Wilger erstatteten Jahresbericht hervorging, nicht viel geleistet werden. Schuld daran war vor allem die schlechte Wirtschaftslage in der Textilindustrie und dann auch die von seitens des sozialdemokratischen Verbandes aus politischen Interessen gegen unseren Verband geführte gewissenlose Hehe, die jedes Zusammenarbeiten unmöglich machte. Politisch haben nun die Herren erreicht, was sie wollten; aber mit der Einigkeit der Arbeiter ist es, zum Schaden der Arbeiter selbst, dahin. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung hat dadurch einen ungeheuren Schaden erlitten. Hoffentlich kommt der Arbeiterbewegung doch noch einmal die Einsicht, daß dies der verkehrte Weg ist, ihre Lage zu verbessern. Kollege Simone ergänzte diesen Bericht sowie das 2. Vierteljahr in Betracht kommt, wo er durch die Wende, die durch die Verlegung des Kollegen Jischer an die Zentrale in Düsseldorf vorgenommen wurde, mit der Leitung der Ortsgruppe betraut wurde. Die Lage im 2. Halbjahr sei dadurch noch mehr verschlechtert worden, als zur ungünstigen Wirtschaftslage die maßlose, größtenteils durch den heißen Sommer hervorgerufene Teuerung getreten ist, die der Sozialdemokratie aufs neue Stoff zur Verheerung der Massen gab; einer Verheerung die bei der soeben geäußerten Reichstagswahl ihre Früchte gezeitigt hat. Dazu kommen die Verfassungskämpfe und die Schlaf- und Hungerkämpfe, die jede gewerkschaftliche Arbeit unmöglich machten. Durch all diese Umstände beeinflusst, hat unsere Ortsgruppe einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Wir hatten am 1. Januar 1912 33 Mitglieder weniger als am 1. Januar 1911. Diese Scharte muß aber im neuen Jahre wieder ausgeglichen werden. Wir müssen bis zum nächsten Jahresbericht bedeutend mehr Mitglieder gewinnen. Kollege Simone gab dann noch bekannt, daß zu der vom Zentralvorstand angeknüpften Frage der Sozialbeiträge in einer besonderen Versammlung Stellung genommen werden solle.

Neukerk. Am Anfang des Jahres werden es die gewerkschaftlichen und vorwärtstrebenden Verbandsleiter nicht veräumen, eine Rück- und Auschau über ihre Arbeit zu halten. Unter diesem Zeichen stand Sonntag Morgen auch unsere Ortsgruppe, galt es doch einen Rückblick auf die geleistete Arbeit und Auschau auf die kommende gewerkschaftliche Arbeit zu werfen. Der erste Vorsitzende, Kollege van Kuyk, erstattete den Jahresbericht, welcher von der Versammlung mit Spannung entgegengenommen wurde. Danach hatte unsere Ortsgruppe sieben Vorstandssitzungen, fünf Vorstandssitzungen, drei Mitglieder- und eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Außerdem war sie beteiligt an drei Kartellsitzungen, Agitationskonferenz des Niederrheins in Kleve, Bezirkskonferenz in Krefeld, Ausflug des hiesigen Ortskartells in Verbindung des Geldener Kartells, ferner an allen sozialen Wahlen. Zu wünschen wäre gewesen, daß die Mitgliederversammlungen von den Kollegen besser besucht wurden, denn nur dann ist es dem Vorstand möglich, positive Arbeit zu leisten. Daß der Geschäftsgang kein guter war, geht daraus hervor, daß auf 54 Arbeiter 725 Arbeitslosen- tage fielen. An Arbeitslosenunterstützung wurden 29,70 M., an Krankenunterstützung 148,35 M. ausbezahlt. Die Gesamteinnahmen betrugen 625,30 M., an die Zentrale abgeteilt 353,45 M. Die Ortsgruppenbibliothek wurde um einige interessante Bücher bereichert, welche den Kollegen zur Benutzung dringend empfohlen wurden. An die Mitglieder wurden neben Flugblättern die Broschüre: „Das wahre Gesicht der freien Gewerkschaften“, gratis verteilt. Hierauf folgte ein Bericht über die am 24. September in Krefeld abgehaltene Bezirkskonferenz. In der darauf folgenden Diskussion wurde rege über Sozialzuschläge debattiert. Auch wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Kollegen einer höheren Beitragseinstufung beitreten sollten. Mit diesem guten Beispiel gelobte der Vorstand voranzugehen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes: An Stelle des vorigen Kassierers, H. Hagens, wurde Eilm. Gühmanns gewählt, als zweiter Vorsitzender Joh. Gedhausen wiedergewählt. Zum Vertrauensmann des zweiten Bezirks wurde Joh. van Kuyk bestimmt. Sodann dankte der Vorsitzende dem Kassierer und Vertrauensleuten für die geleistete mühevollen Arbeit; er hoffe, daß sie auch in diesem Jahre so eifrig für die gute Sache eintreten würden. Auch dem Vorsitzenden wurde durch den Schriftführer im Namen der Kollegen Dank ausgesprochen, in welchem namentlich hervorgehoben wurde, daß der Vorsitzende trotz aller Geminnisse die gewerkschaftlichen Zügel unserer Ortsgruppe straff und bestimmt in der Hand hielt und unsere heilige Bewegung sicher zum Ziele führe. Im Schlusswort erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, unentwegt treu für die christliche Gewerkschaft zu stehen, damit am Schluß des Jahres 1912 ein Mehr zu verzeichnen sei, stehen doch in unserem Orte einem Organisierten zwei Nichtorganisierte gegenüber. Sorge da ein jeder, daß auch dieses anders wird.

Wann. Aus dem Jahresberichte, den der Vorsitzende in unserer Generalversammlung erstattete, sei folgendes entnommen: der Mitgliederbestand schloß mit einem Mehr von 16 Mitgliedern. Der Vorstand hatte eine größere Zahl erwartet. Er beklagte sich, daß die Agitationskommission nicht nachhaltig genug gearbeitet habe. Im nächsten Monat soll wieder eine Hausagitation abgehalten werden, und hofft der Vorstand hier allseitige Unterstützung zu finden, besonders seitens der Kolleginnen. Es konnte ferner die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß im vergangenen Jahre 4195,14 M. an die Zentralkasse abgeführt wurden. Die Sammlung für die ausgesperrten Labararbeiter hatte 51,55 M. ergeben. Anknüpfend an den Geschäftsbericht hielt der Bezirksvorsitzende Kollege Hermes eine kurze Ansprache, in welcher er, auf das vergangene Jahr zurückblickend, bemerkte, daß wir nach innen wie auch nach außen gedrückt aus demselben hervorgegangen seien. Aus der Vorstandswahl ging der Vorsitzende wie auch der Schriftführer fast einstimmig hervor. An Stelle des Kollegen Schäfer, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde W. van de Vin als Beisitzer gewählt. Nachdem noch die Delegierten zur Bezirks-Generalversamm-

lung, zum Kartell und zum Ausschuss für soziale Angelegenheiten gewählt worden waren, forderte der Bezirksvorsitzende in seinem Schlusswort die Kolleginnen und Kollegen auf, immer treu zum Vorstand und den Führern zu halten. Diese seien immer bereit, den berechtigten Wünschen der Mitglieder gerecht zu werden. Andererseits sollten die Mitglieder den Vorstand und die Vertrauensmänner tatkräftig unterstützen, dann würden wir auch im kommenden Jahre einen bedeutenden Fortschritt verzeichnen können.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1910. Die im Reichsversicherungsamt angestellte Nachweisung der Gehalts- und Rechnungsergebnisse der Träger der reichsgegesetzlichen Invalidenversicherung erstreckt sich auf die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassenen Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1910 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. Diese 41 Versicherungsträger hatten am Jahreschluss insgesamt 323 Ausschussmitglieder, 53 Hilfsarbeiter der Vorstände, 628 Ausschussmitglieder, 435 Kontrollbeamte, 3 Rentienstellen, 124 Schiedsgerichte, 2363 besondere Markenverkaufsstellen und 7316 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen.

Wochenbeiträge wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 698 Millionen Mark mit einem Erlöse von 180 624 699 Mark verwendet. Hier von entfielen auf polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit nahezu 7,8 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 701 814 Mark. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 16 729 261 Mark. Die gesamte Einnahme aus Beiträgen stellt sich hiernach auf 197 353 960 Mark.

Bei der Abrechnung für das Jahr 1910 wurden 138 667 Renten als im Jahre 1910 zugegangen behandelt, nämlich 114 755 Invalidenrenten, 12 287 Krankenrenten und 11 625 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 176,93 Mark, 175,74 Mark und 164,31 Mark. An Beitragsrückstellungen wurden 1910 festgelegt 147 291 in Heiratsfällen, 494 bei Unfällen und 54 923 in Todesfällen. Der durchschnittliche Betrag einer Erstattung stellt sich auf 40,27 Mark bzw. 98,62 Mark und 100,30 Mark.

Zu Lasten der 41 Versicherungsträger wurden an reichsgegesetzlichen Entschädigungen 120 879 150 Mark — 114 449 217 Mark an Renten und 9 429 932 Mark an Beitragsrückstellungen — gezahlt. Der Zuschuss des Reichs betrug 52 538 187 Mark.

Für das Heilverfahren wurden einschließlich der Ausgaben für Unterzügen an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Personen in Höhe von 2 039 218 Mark insgesamt 21 102 166 Mark verausgabt. An dieser Summe sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse im Gesamtbetrage von 5 833 251 Mark nicht enthalten. Auf Grund des § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes wurden noch 1 535 217 Mark gezahlt.

Die Aufwendungen für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 1 216 405 Mark. Durch Einbehaltung von Renten der Pflinglinge gelangten davon 367 676 Mark zur Rückzahlung und durch Zuschüsse von anderer Seite wurden 77 946 Mark erzielt, so daß den Versicherungsträgern aus der Anwendung des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Kleinanzahlung von 770 782 Mark erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 21 367 293 Mark verausgabt, das sind 108 Mark von 1000 Mark der Einnahme aus Beiträgen und 128 Mark von 1000 Mark der gesamten Ausgaben. Von 1000 Mark der überhaupt als Verwaltungskosten aufzuwählenden Ausgaben entfielen auf die allgemeine Verwaltung 603 Mark, auf die Kosten für die Einziehung der Beiträge 128 Mark, auf die Kosten der Kontrolle 98 Mark und auf sonstige Kosten 171 Mark.

Die Einnahmen familiärer Versicherungsträger im Berichtsjahre betrugen 254 454 430 Mark, ihre Ausgaben 166 407 070 Mark, der Vermögenszuwachs mithin 88 047 360 Mark.

Am Schlusse des Jahres 1910 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgegesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1 662 158 740 Mark, n. u. noch der Nachschub der Juvaniaren mit 6 666 869 Mark trug. Von 1400 Mark Vermögen waren 17 Mark im Kassenbestande vorhanden, während 932 Mark in Wertpapieren und Darlehen und 51 Mark in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 im Wertpapieren und Darlehen vorhandenen Vermögens betrug 3,57 v. H. des Anlagepreises.

Die Berufsgenossenschaften im Jahre 1910. In der ersten Nummer des „Reichsarbeitskalenders“ von diesem Jahre wird eine gedrängte Uebersicht gegeben über die Geschäfte der Berufsgenossenschaften im Jahre 1910. Bekanntlich sind die Träger unserer Unfallversicherungsmittel die Berufsgenossenschaften, gesetzliche Organisationen der Arbeitgeber eines oder mehrerer gleichartiger Berufe, die die gesamten Geschäfte der Unfallversicherung mit Ausnahme der Rechtsprechung zu führen haben. Hinzu kommen noch die „staatlichen Ausführungsbehörden“ und einige „kommunale Ausführungsbehörden“. Von diesen Versicherungsträgern bestanden 1910 auf Grund des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes:

63 staatliche Ausführungsbehörden mit durchschnittlich 562 053 Versicherten oder 561 477 Vollarbeitern; auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft:

48 Berufsgenossenschaften mit 5 434 100 Betrieben und durchschnittlich 17 179 000 Versicherten,

55 staatliche Ausführungsbehörden mit durchschnittlich 262 362 Versicherten oder 74 091 Vollarbeitern;

auf Grund des Bau-Unfallversicherungsgesetzes:

1 Berufsgenossenschaft mit 19 161 Betrieben und durchschnittlich 293 252 Versicherten oder 181 905 Vollarbeitern,

79 staatliche Ausführungsbehörden mit durchschnittlich 57 748 Versicherten oder 38 320 Vollarbeitern,

336 kommunale Ausführungsbehörden mit durchschnittlich 109 558 Versicherten oder 71 676 Vollarbeitern,

13 Versicherungsanstalten mit 85 430 Vollarbeitern; auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes:

1 Berufsgenossenschaft mit 1664 Betrieben und durchschnittlich 79 215 Versicherten oder 74 611 Vollarbeitern,

13 staatliche Ausführungsbehörden mit durchschnittlich 973 Versicherten oder 819 Vollarbeitern,

1 Versicherungsanstalt.

Die Zahl der versicherten Personen stellt sich bei den Berufsgenossenschaften zusammen durchschnittlich auf 26 560 878. Hierzu treten für die 546 Ausführungsbehörden 992 694 Versicherte, so daß im Jahre 1910 bei den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden zusammen 27 553 572 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert gewesen sind. In der letztgenannten Zahl dürften an 3,4 Millionen Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert waren.

An Entschädigungsbeträgen (ohne die Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit) haben die Verletzten und deren Angehörige im Jahre 1910 von den Berufsgenossenschaften 147 991 435,01 M. (gegen 146 302 256,52 M. im Vorjahre), von den Ausführungsbehörden 13 387 252,84 M. (gegen 13 100 220,22 M. im Vorjahre), von den Versicherungsanstalten der Bauwerks-Berufsgenossenschaften, der Tiefbau- und der See-Berufsgenossenschaft 1 948 132,38 Mark (gegen 1 930 423,27 M. im Vorjahre), zusammen 163 326 820,23 M. (gegen 161 332 900,01 M. im Vorjahre) erhalten. Davon wurden 26 535,87 M. den Verletzten und ihren Angehörigen für die Zeit nach dem Ablaufe der gesetzlichen Wartezeit von den Berufsgenossenschaften u. v. freiwillig gewährt.

Von der Bestimmung, nach welcher Verletzte mit einer Erwerbsunfähigkeit von 15 vom Hundert und weniger auf ihren Antrag durch Kapitalzahlungen abgefunden werden können, haben die Genossenschaften u. v. in 6142 Fällen Gebrauch gemacht. Der hierfür aufgewendete Betrag stellt sich auf 1 880 024,31 M. 1703 Verletzte (gegen 1554 im Vorjahre) haben im Rechnungsjahre wegen Hilflosigkeit eine höhere Rente als 66% v. H. ihres Jahresarbeitsverdienstes (die gesetzliche Vollrente) bezogen.

Briefkasten.

Lambrecht. Solche Notizen können keine Aufnahme finden. Für Versammlungsanzeigen ist nur der Versammlungskalender da.

Ein mehrere. Infolge Stoffmangels mußten mehrere Zuschriften liegen bleiben.

Franz G. M.-Gladbach. Das ist richtig. Ueber die Wahlen zu den Versicherungsträgern werden wir demnächst schon Artikel bringen.

E. Machez. Wenn Du die sozialdemokratische Textilarbeiterbewegung verfolgen willst, mußt Du natürlich den „Textilarbeiter“ halten. Sonst sind wir ganz Deiner Meinung, daß ein Abonnement auf dieses Blatt nicht zu empfehlen ist. Die meisten sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter, die wir kennen, sind viel besser. Nimm den „Grundstein“ oder die „Holzarbeiter-Zeitung“. Freundl. Gruß.

Versammlungskalender.

Frankfurt. 10. Febr., 6 Uhr, bei Wilh. Vor dem Berge. **Düsseldorf.** 11. Febr., 10 Uhr, bei Hameln, Vertrauensmännerversammlung.

Emmerich. 15. Febr., nach Arbeitschluss Versammlung bei Saumann.

Gronau i. N. 11. Febr., 4 Uhr, bei Lindebaum, Mühlenmacher, Kartellversammlung.

Hinsbeck. 20. Febr., 5½ Uhr, bei Frau Ww. Hagen, Generalversammlung.

Hof a. d. Saale. 17. Febr., ½9 Uhr, bei Straubert, Maschinenbauverein.

Jäger. 11. Febr., ½6 Uhr, bei Schumacher, ordentliche Generalversammlung.

Kaldenkirchen. 11. Febr., 11 Uhr, bei Peter Wierich, Generalversammlung.

Köln. 11. Febr., 11 Uhr, bei Peter Gilleßen, Generalvers. Jahr i. S. 11. Febr., 2 Uhr, im Lokale zur Stadt Strassburg, Generalversammlung.

Leipzig. 11. Febr., 6 Uhr, bei Joseph Duden, Mägen.

Münster. 11. Febr., 6 Uhr, bei Frau Ww. Hagen, Generalvers. Mägen.

Neuenkirchen. 11. Febr., 1½ Uhr, bei Emil Jöring, Korporation und Vertrauensmännerversammlung.

Reinert. 17. Febr., 8½ Uhr, bei Anton Hommerskirchen, Vertrauensmännerversammlung.

Reut. 1. Febr., 10½ Uhr.

Ronsdorf. 10. Febr., 8½ Uhr, bei Gust. Dürholt, Löttrung.

Schaag. 11. Febr., 11 Uhr, bei Joh. Peters, Generalvers.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Maria Feldmann in M.-Gladbach.

Anton Erkens in Lobberich.

Ewald Müller in Ronsdorf.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

„Kalender für die Baumwollindustrie 1912.“

Das illustrierte Jahrbuch mit Kalender für die Baumwollindustrie 1912. Ein Taschen- und Nachschlagebuch für die Fabrikanten, Direktoren, Werkmeister und Kaufleute der Textilbranche, ein Lehrbuch für Studierende an Technischen Hochschulen und Schüler an höheren Textil-Fachschulen. Mit 240 Abbildungen im Text. Begründet im Jahre 1880 als „Kalender für die Textil-Industrie“ von W. H. Uhlend, Zivil-Ingenieur. Seit 1901 redigiert von einem süddeutschen Fachmann, seit 1911 bearbeitet von Prof. Dr. Lehmann, Ingenieur, Krefeld. 33. Jahrgang. In Leinenband 3 M., in Briefschalenband 5 M. Leipzig. Verlag von H. A. Ludwig Degener.

Wir haben in früheren Jahren empfohlen auf diesen „Kalender“ hingewiesen und können diesmal unsere Empfehlung mit gutem Gewissen wiederholen. Er bietet für 3 M. wirklich eine Fülle belehrenden Stoffes für jeden, der in irgend einer Hinsicht an den Dingen in der Baumwollindustrie interessiert ist. Der vorliegende Jahrgang enthält als Erweiterung außer den Ergebnissen der neueren Fachstatistik kurze Angaben über Wechselrechnung der wichtigsten Maschinen und eine nicht unwesentliche Erweiterung der Kapitel über Weberei. Um den Umfang des Buches nicht zu sehr zu erweitern und dadurch seine Handlichkeit zu beeinträchtigen, mußten einige Kapitel teils gekürzt, teils ganz gestrichen werden.

In jeder Buchhandlungsbibliothek würde der Kalender seinen wertvollen Bestand bilden und viel Material geben für fachgewerbliche Vorträge in den Versammlungen.

Kalender für Spinnerei und Weberei 1912.

Dieser Kalender liegt im dritten Jahrgange vor. Er ist redigiert von dem bekannten tüchtigen Fachmann auf dem Gebiete der textilen Kunst, Herr J. Scham, fgl. Webeschulldirektor in Chemnitz.

Der Kalender, den man viel eher ein Lehrbuch für die Textilindustrie nennen könnte, führt uns durch die bedeutendsten Zweige unseres Gewerbes. Er spricht zunächst über textile Faser- und Spinnstoffe der verschiedensten Art, über ihr Wachstum, ihre Zuleitung, ihre Verarbeitung, ihren Handel und ihren Absatz usw. Von der Spinnerei führt er uns in die Weberei mit ihren verschiedenen Nebenzweigen. Illustrationen, Zeichnungen über Bindungen, Tabellen über verschiedene Berechnungsarten in unserm Gewerbe vervollständigen den textlichen Teil.

Der Kalender ist in schmuckem Umschlage, aktuell und kräftig gebunden; für Notizen ist reichlich Gelegenheit gelassen. Mit 1,50 M. ist er billig bezogen. Die Anschaffung kann unsern Mitgliedern und Ortsgruppen empfohlen werden.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatshefte zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Das Studium einer fremden Sprache auf Grundlage der Uebersetzung bezweckt vorzüglich einen eingehenden Vergleich mit der Muttersprache und bedingt deshalb ein tieferes Eindringen in die Eigenheiten beider Sprachen. Dvige Zeitschriften bringen die modernen und der Umgangssprache angehörigen Redewendungen, wie man sie meist vergebens in klassischen Werken suchen würde. Die in jeder Nummer enthaltenen praktischen Gespräche sind so recht dem Leben entnommen und leiten auf zweckmäßige Weise zum praktischen Gebrauch der zu studierenden Sprache hin. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Nach der Reichstagswahl. — Charakter und Zweck der Versammlungen. — Zur Lage in Sachsen-Anhalt. — Der Kampf der Weber in England. — Feuilleton: Die Zeit. — Die Baumwollspinnmaschine. — Allgemeines Rundschau: Eine sozialdemokratische Lügennotiz. — Schöne Gesetze unseres österreichischen Bundesverbandes. — Minister und christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Die ohnmächtigen 110. — Feuererscheinungen im Gewerkschaftsleben. — Nicht drei, sondern fünf. — Ein köstlicher Verteilungsversuch. — Arbeitsverhältnisse in den roten Dönanen. — Deutschland als „Treiber“ zum Schutz. — Vom neutralen Buchdruckerverband. — Der Streit bei der Margarinefabrik Gebr. Baum in Eberfeld. — Streikfraktionen amerikanischer Textilarbeiter. — Das amerikanische Industrie: Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Dezember 1911. — Der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie im Jahre 1911. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Ahau. — Bocholt. — Euskirchen. — Greven. — Gronau. — Hochentrich. — Lohne (Oldenburg). — Mülhausen i. E. — Neustadt. — Penn. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Invalidenversicherung im Jahre 1910. — Die Berufsgenossenschaften im Jahre 1910. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.